

# Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Veramntungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221.

Donnerstag, den 20. September 1917.

24. Jahrg.

## Die Probleme des Ostens.

Die Erlasse, durch die eine Neuregelung der polnischen Angelegenheiten eingeleitet worden ist, haben in der deutschen Presse keine besonders günstige Aufnahme gefunden. Während sich ein Teil von ihr ziemlich reserviert verhält, greift der andere, der alldeutsch-konservative, die Politik, die mit diesen Erlassen fortgesetzt wird, heftig an und beschuldigt sie eines viel zu weit gehenden Entgegenkommens gegen die Polen und der Vernachlässigung deutscher Interessen. Was den Herren von dem unabhängigen Ausschuss und der deutschen Vaterlandspartei als ideale Lösung des polnischen Problems vorzuschwebt, ist freilich ungewiß. Es ist fraglich, ob sie Polen als rechtlosen Besitz in das Deutsche Reich einverleiben, wie man früher so schön sagte, „ein-deutschen“ wollen, oder ob sie das Land unter Rückbehalt einiger im militärischen Interesse wünschenswerten Gebiets-erwerbungen an Rußland zurückgeben wollen. Wahrscheinlich ist, daß diese Faselköpfe überhaupt nicht recht wissen, was sie wollen.

Aber auch auf der entgegengesetzten Seite, auf der sozialdemokratischen, können die Erlasse vom 12. September keine rechte Befriedigung erwecken, weil ihnen all zu deutlich die Spuren eines Kompromißwerkes anhaften. Durch die Betonung, daß der eingesetzte Regentenschaftsrat nur die Vorbereitung einer künftigen Monarchie sei, werden dynastische Interessen weit in den Vordergrund geschoben. Politisch wäre es aber zweifellos klüger gewesen, den Polen zu sagen, daß man ihnen von Berlin und Wien aus in die Wahl ihrer Staatsreform nicht das mindeste dreinreden wolle.

Es muß bedauert werden, daß in den Erlassen der provisorische Charakter der jetzt getroffenen Maßnahmen in keiner Weise zum Ausdruck kommt. Die endgültige Lösung aller internationalen Fragen, die durch den Krieg aufgeworfen worden sind, kann nur auf der künftigen Friedenskonferenz erfolgen, und ebensowenig wie England die deutschen Kolonien endgültig seinem Besitz einverleiben kann, ebensowenig kann auch Deutschland in der polnischen Frage einseitig endgültige Verfügungen treffen.

Bei der endgültigen Lösung der polnischen Frage wird von den Gegnern in erster Linie Rußland mitzuspochen haben. Diese Tatsache zu verkennen, ist umso weniger angebracht, als Rußland bereit ist, einer Lösung zuzustimmen, die den Wünschen der Polen nach nationaler Selbstständigkeit sehr weit entgegenkommt. Wenn Deutschland und Rußland beide geneigt sind, den Polen ihr nationales Recht werden zu lassen, so wird sich über die Form, in der dies geschehen soll, zwischen Deutschland und Rußland auch eine Verständigung finden lassen, die den beiderseitigen Interessen entspricht.

Daselbe was für Polen gilt, gilt natürlich auch für die anderen kriegsbesetzten Gebiete des russischen Reiches. Die Fragen ihrer staatlichen Zugehörigkeit, ihres nationalen Selbstverwaltungsrechts und ihrer gesamten staatlichen Stellung können nur auf dem Wege der Verständigung nach dem Grundsatz: „keine Annexionen, freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gelöst werden. Die deutsche Regierung hätte umso mehr Grund, ihre Zustimmung zu diesem Grundsatz zu betonen, als neuerdings wieder das alldeutsche Geschrei nach Eroberungen im Osten besonders laut geworden ist. Wir sind das ja gewohnt, daß jeder militärische Erfolg auch seine schädlichen politischen Nebenwirkungen hat. Der deutsche Soldat kann auf kein Stück fremden Bodens seinen Fuß setzen, ohne daß der Chorus der alldeutschen Heimkrieger sofort schreit: „das geben wir nie wieder heraus“!

Dieses Geschrei ist aber gerade im gegenwärtigen Augenblick eine besonders große Gefahr. Die revolutionäre Regierung Rußlands hat, zu nicht geringem Schreck ihrer westlichen Bundesgenossen, mit der militärischen Gegenrevolution Kornilows kurzen Prozeß gemacht. Die englischen und französischen Kriegsparteien hatten diese Gegenrevolution mit allen Mitteln gefördert, und so ist Kornilows Niederlage auch die ihre. Zwischen Ost und West klafft in diesem Augenblick ein Riß, der sich leicht zur unüberbrückbaren Kluft entwickeln kann. Es ist nun ein Zeichen der besonderen politischen Genialität unserer Alldeutschen, daß sie gerade in diesem Augenblicke geschäftig herzuweilen und den entstandenen Riß wieder schließen wollen. Etwas anderes bedeutet es ja nicht, wenn man dem schwankend gewordenen Rußland jetzt übermäßige Eroberungswünsche ins Gesicht schreit. Es wäre den Alldeutschen schon zuzutrauen, daß es ihnen auf diese Weise gelänge, unsere Gegner wieder unter einen Hut zu bringen, wie es ihnen schon so oft gelungen ist, wenn die deutsche Regierung ihrem Treiben nicht mit Entschiedenheit entgegentritt. Jetzt hätte die Regierung Gelegenheit, zu zeigen, daß sie wirklich auf dem Boden des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli steht nicht nur mit gebundenen Beinen, sondern auch mit ihrer politischen Ueberzeugung.

Die Gestaltung unseres Verhältnisses zum großen östlichen Nachbarreich ist eine der gewaltigsten Säufalsfragen,

die durch den kommenden Frieden entschieden werden wird. Angenommen, die physische Kraft reichte dazu aus, Gebietsabtretungen zu erzwingen, welche verhängnisvolle Arbeit wäre es, sich dieses Gewinnes wegen die Welt von der neuen deutschen Ostgrenze bis an den Stillen Ozean zum dauernden Feind zu machen? Gebiets-erwerbungen im Osten würden uns an sich schon mehr Schwierigkeiten als Vorteile bringen. Aber man mag den Gewinn noch so hoch einschätzen, auf keinen Fall ist er zu vergleichen mit dem Gewinn, der

erzielt wird, wenn wir zum russischen Reich in ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis gelangen. Dieser Gewinn läßt sich freilich nicht in die Landkarte einzeichnen, er würde aber dafür in der deutschen Wirtschaftsstatistik desto sichtbarer sein.

Möge die Reichstagsmehrheit dafür sorgen, daß die deutsche Politik, unbeeinträchtigt durch das Geschrei müßiger Machtpolitiker, folgerichtig den Weg geht, der ihr durch das Interesse des deutschen Volkes vorgeschrieben ist.

## Die Kriegsziele der neuen französischen Regierung.

Der neue französische Ministerpräsident Pauline wurde bei seiner Ernennung zum Kriegsminister von neutraler Seite als Pazifist bezeichnet. Am Donnerstag hat nun Herr Painlevé vor dem französischen Parlamente seine erwartete Erklärung abgegeben, und man muß gestehen, daß Herr Painlevés Pazifismus ungefähr dem sehr ähnlich steht, was manche französischen Mehrheitssozialisten bisher unter Sozialismus verstanden. Gleich einleitend verkündet Herr Painlevé den inneren Kampf gegen die französischen Friedensfreunde, die, wäre er Pazifist, doch seine Gesinnungsgenossen sein müßten. Ihnen werden „hinterlistige Unternehmungen“ angedichtet und sie sollen die „Strenge des Gesetzes“ fühlen.

Das Kriegsprogramm des neuen französischen Ministerpräsidenten nach außen hin ist nicht weniger scharf. Er verlangt Elsass-Lothringen; wieder unter der Behauptung, daß die Losreißung dieser Lande keine Annexion, sondern eine Desannexion sei, und in der alten Einseitigkeit spricht er von „Schäden und Zerstörungen, die der Feind angerichtet hat“, und dafür sollen wir „Ersatz“ leisten. Also „Annexionen und Entschädigungen“. Die Vernunft in Frankreich ist bei den Regierenden also noch fern. Herr Painlevé will den Krieg fortsetzen. Dieser wird also weitergehen bis das französische Volk auf eine vernünftige Regierung drängt, die sich auf den Boden der Verständigungsbereitschaft stellt. Bezeichnend ist es, daß Painlevé erklärte, die „Uebereinstimmung zwischen den Alliierten“ sei noch dringender erforderlich, als die im eigenen Lande. Hat er Grund zu dieser Sorge?

Wir lassen nachstehend die Erklärung des neuen französischen Ministerpräsidenten, deren einleitenden Teil wir bereits gestern brachten, im Zusammenhang folgen:

„Die Stunde eignet sich weder zu langen Reden, noch für lange Programme; alle materiellen und moralischen Kräfte der Nation für den entscheidenden Augenblick des Ringens zusammenzufassen, ist eine Pflicht, welcher die Regierung sich ganz und gar widmen will und muß. Der Krieg, der sich immer länger hinzieht, verlangt von allen völlige Selbstverleugnung und größten Opfermut. Je mehr wir uns dem Ende nähern, um so mehr wird die moralische Widerstandskraft der Nation ein ausschlaggebendes Mittel des Sieges werden. Gerade gegen diese moralische Widerstandsfähigkeit erklären unsere Feinde, die uns auf den Schlachtfeldern nicht besiegen konnten, ihre Angriffe verdoppelt zu wollen. Die Sache der Regierung ist Wachsamkeit gegen die hinterlistigen Unternehmungen und Energie gegenüber denen, die diese Unternehmungen unterstützen würden. Die Gerechtigkeit wird in den bereits eröffneten Unternehmungen ebenso, wie in denen, die folgen könnten, ihren Weg ohne Zaubern, ohne Schwäche und ohne Rücksicht auf die Stellung irgend jeman- des erfolgen. Wer sich zum Mitschuldigen des Feindes macht, muß die Strenge der Gesetze fühlen. Die Regierung zählt auf die Vaterlandsliebe aller und auf die Selbstbeherrschung der öffentlichen Meinung, damit die Gerechtigkeit ihr Werk in Ruhe und Würde vollbringe und unvorsichtigen Verallgemeinerungen, eigenmächtigen Bestrebungen und heftigem Meinungsstreit der Parteien entrückt bleibe. Welches auch das Ende dieser traurigen Vorgänge sein mag, sie werden keine Partei treffen, aber auch keine Manöver des Feindes und keine Fehler einzelner Persönlichkeiten können Frankreich von seinem unerschütterlichen Entschluß abbringen, der von den lautesten Uebertreibungen unsere Rasse und von den erhabensten Grundsätzen der Freiheit eingegeben ist, welche die Revolution unter den Völkern ausatete und die heute die zivilisierte Welt gegen den deutschen Imperialismus einigt.“

Wenn Frankreich diesen Krieg fortsetzt, so geschieht es weder, um zu erobern, noch um sich zu rächen; es geschieht, um seine Freiheit und Unabhängigkeit und zugleich mit der Freiheit die Unabhängigkeit der Welt zu verteidigen. Frankreichs Forderungen sind diejenigen des Rechts selbst. Sie sind unabhängig von dem Tode der Schlachten. Frankreich verkündete sie 1871 feierlich, als sie besiegt war, und verkündet sie heute, wo es seine Angreifer die Wucht seiner Waffen hat fühlen lassen.

Die Desannexion Elsass-Lothringens, Ersatz für den Schaden und die Zerstörungen, die der Feind anrichtete, der

Abbruch eines Friedens, nicht eines Friedens des Zwanges und der Gewalt, der den Keim des nächsten Krieges in sich schließt, sondern eines gerechten Friedens, durch den kein Volk, mächtig oder schwach, unterdrückt wird, eines Friedens wirklicher Bürgschaften, welche die Gemeinschaft der Nationen gegen den Angriff einer von ihnen sichern, das sind die erhabenen Kriegsziele Frankreichs, wenn man überhaupt von Kriegszielen sprechen kann, wenn es sich um eine Nation handelt, die 44 Jahre lang, trotz ihrer offenen Wunden, alles tat, um der Menschheit die Schrecken des Krieges zu ersparen.

Solange diese Ziele nicht erreicht sind, wird Frankreich den Kampf fortsetzen. Gewiß, den Krieg auch nur einen Tag zu lange fortsetzen, hieße das größte Verbrechen der Geschichte begehen. Aber wollte man ihn nur einen Tag zu früh abbrechen, so würde man Frankreich der erniedrigenden Anedtschaft ausliefern, dem materiellen und moralischen Glend, aus dem es nichts mehr befreien könnte. Das ist die Ursache der unauf löstlichen Einigkeit des Landes in allen Prüfungen. Das ist das Geheimnis dieser Disziplin, entsprungen aus der Vernunft und dem gegenseitigen Vertrauen. Haben die früheren Regierungen drei Jahre hindurch sich aufrechterhalten, die gegenwärtige Regierung meint es nicht anders; aber es handelt sich nicht nur darum, daß der Wille, sondern auch darum, daß alle materiellen Kräfte des Landes auf dies eine Ziel gerichtet sind, den Sieg. Die nationale Verteidigung ist ein Werk, der sich nicht zerlegen läßt. Die Mannschaftsbestände, Munition, Verpflegung und Transportmittel stellen ebenso viele Probleme dar, die man nicht unabhängig von einander lösen kann, da sie eng untereinander zusammenhängen. Man kann sie nur bewältigen durch umfassendes Streben nach Uebereinstimmung und Synthese, indem man die Bedürfnisse und Möglichkeiten abwägt, die Produktion zu steigern weiß und die erforderlichen Einschränkungen auferlegt, die Spekulation und Preissteigerung bekämpft und der Nation selbst alle Hilfsquellen zur Verfügung stellt, die sie in sich schließt. Es ist eine schwierige Aufgabe, die die Regierung zu lösen sich bemühen wird, indem sie die Sonderinteressen hinter den allgemeinen Interessen zurücktreten läßt. Wenn es sich um das Wohl des Landes handelt, wer zögert da, sich peinliche Opfer aufzuerlegen, die doch so gering sind im Vergleich zu den Leiden unserer Soldaten?

Aber eine Uebereinstimmung der Bemühungen ist nicht nur notwendig im Lande, sie ist noch dringender erforderlich zwischen den Alliierten, die gestern und heute geeint durch dieselbe heilige Sache kämpfen. Es ist notwendig, daß sie kämpfen, als wären sie nur eine Nation, eine Armee, eine Front, Menschen und Waffen. Das Geld muß allen gemeinsam zur Verfügung stehen, nur um diesen Preis wird die Ueberlegenheit ihrer Hilfskräfte, die jetzt noch zerstreut sind, erdrückend werden. Solche Politik wird Frankreich gestalten, die Macht an seinen Grenzen zu halten, ohne seine wirtschaftlichen Hilfsquellen zu erschöpfen. Seit August 1914 ist das französische Heer der unbesiegbare Schild der Zivilisation. Sein Blut floß in Strömen. Für den glücklichen Ausgang des Krieges ist es notwendig, daß es bis zum Ende die Fülle seiner Kraft bewahre.“

Die Regierungserklärung entwirft sodann in allgemeinen Linien einen Plan für den Übergang in die Friedenszeit und fährt dann fort:

„Ehe wir diese Erklärung schließen, wollen wir einen Blick auf die ungeheure Schlachtlinie werfen. Wenn auch die russische Front uns peinliche Enttäuschungen bereitet, so müssen wir doch hoffen, daß die neue Republik aus dem Uebermaß an Gefahr Kraft schöpfen wird, die innere Einigkeit und Disziplin wiederherzustellen. Auf allen anderen Schlachtfeldern, auf dem Karst, am Sereth und Cerna wie im Artois sind seit Monaten große Dinge vollbracht worden, deren Ergebnisse, die noch mehr in der Tiefe als in der Oberfläche liegen, durch ihre Folgen zutage treten werden. In Ebnom werden die ersten amerikanischen Kontingente in Kameradschaft mit Elitetruppen ausgebildet. Was unsere Armee anbelangt, die unter der Leitung eines Führers steht, dessen untadelige Meisterhaftigkeit sich jeden Tag von neuem bestätigt, und neuen Glanz dem symbolischen Namen von Verdun zufügt, es war ihre Moral niemals höher und niemals fühlte sie sich sicherer ihrer selbst. Auf daß ihr bewun-



derungswertes Herdentum vor jeder Antastung bewahrt bleibt, muß sie sich unter der Obhut der öffentlichen Gewalt fühlen, ohne daß in die Befugnisse des Oberkommandos eingegriffen wird. Die parlamentarische und Regierungskontrolle werden ihre Aufgabe auf diesem Gebiete wie auf allen anderen zu erfüllen wissen.

Die Regierung zählt auf die enge Mitwirkung des Parlaments, dessen Initiative, dessen dauernde Bemühungen der nationalen Verteidigung so wirksame Dienste leistet, die Zukunft in ein volles Licht setzen wird. Es ist unsere Pflicht, in engem Einvernehmen mit dem Parlament zu regieren, wobei wir die ganze Autorität unseres Amtes beanspruchen. Wir werden uns nicht hinter der optimistischen Fassade unserer Verantwortlichkeit zu verbergen suchen, wir werden alles Ihrem Urteil unterbreiten, und wenn Sie uns der so schweren Aufgabe würdig halten, so werden wir Ihr Vertrauen durch Energie und Aufrichtigkeit rechtfertigen.

In ihrem Stimmungsbild über die Sitzung der Kammer, in der diese Erklärung durch Rainfore verlesen wurde, meinet Savas, daß die ministerielle Erklärung von dem einmütigen Beifall der Kammer aufgenommen worden sei, insbesondere auch die Versicherung, daß jeder der Strenge des Gesetzes verfallt, der dem Feinde Vorschub leistet.

Chaulin-Serpiniere bedauert die Abwesenheit der Sozialisten im Kabinett und verlangte, daß Frankreich und seine Verbündeten ihre Kriegsziele bekannt geben. Immerhin hält er keine Verhandlungen für möglich, solange die Deutschen das besetzte Gebiet nicht räumen, und schließt mit der Erklärung, daß er der Regierung Vertrauen gewähre, wenn er Gewißheit habe, daß sie Frankreich zum Siege führen werde.

Bei Beginn der Sitzung verlas Deschanel ein Telegramm Luxemburgs, worin der Wille Rußlands, den Kampf bis zum Siege fortzusetzen, bekräftigt wird.

Dubets verlangte Erklärungen der Regierung über die Tätigkeit des Kriegsausschusses. Weiter forderte Dubets Aufklärungen über die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich derjenigen, die die feindliche Propaganda begünstigen.

Augagneur kritisierte lebhaft die Zusammenziehung des Ministeriums. Darauf wurde die Aussprache bis morgen ausgesetzt. In dem Augenblick, als sich die Deputierten zum Verlassen des Saales anschickten, gab der Präsident bekannt, daß der Antrag auf Erteilung der Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung eines Abgeordneten eingegangen sei. Die Kammer beschloß, sofort zur Ernennung eines Sonderausschusses zu schreiten, der über den Antrag beschließen soll.

Bei dem letzterwähnten Fall handelt es sich um den bereits erwähnten Fall Turmel. Wie jetzt bekannt wird, macht man dem Reg. Turmel den Vorwurf, daß er über mehrere tausend Dänen Geschäftsabschlüsse gemacht habe, die angeblich für die Verproviantierung Deutschlands bestimmt waren. Der Kammerausschuß beschloß, die parlamentarische Unverletzlichkeit für Turmel aufzuheben und die gerichtliche Verfolgung gegen ihn einzuleiten.

## Die Kriegslage.

### Neue Kämpfe im Westen und Osten.

Nach der Erkämpfungsbahn in den Angriffen der Entente ist der Kampf an allen Fronten wieder aufgelebt. In England und Frankreich neuerdings regte Tätigkeit. Außer starkem Trommelfeuer mit gewöhnlichen Munitionseinheiten, das an verschiedenen Stellen Schlägerhieb einleitete, deuteten auch Truppenbewegungen auf neue englische Angriffsabsichten hin. Deutlich waren mehrfach das Küsten der englischen Küste erkennbar. Am Jilbecker See und bei Pilsen wurden marschierende Kolonnen beobachtet und unter wirksamem Feuer genommen. Die englischen Infanterie- und Artillerieeinheiten litten beträchtlich unter der Abwehrwirkung der deutschen Artillerie. Zahlreiche starke Explosionen konnten festgestellt werden.

In Artois war die Feuerartillerie besonders bei Verdun gefällig. Nordlich des La Bassée-Kanals gelang es den Deutschen nach Sprengen einer Mine, deren Trichter zu besetzen. Bei St. Quentin kam es nur zu Patrouillengefechten. Die Kette der Kathedrale von St. Quentin erhielt mehrere Treffer.

In der Aisne-Front war die Feuerartillerie stark gefällig. Nordlich von Reims drangen deutsche Stoßtruppen südlich von Comoy bis in die zweiten französischen Gräben vor. Unten den Franzosen erhebliche Verluste zu und legten mit einer Anzahl Gefangener zurück. Auf dem südlichen Mars-Flur verließen die Franzosen einen neuen Angriff. Um 12 Uhr nachmittags brachen sie nach kurzer, heftiger Feuerbereinigung in drei Kilometer Breite vom Nordhang der Höhe 344 bis zur Straße Baumont-Bacranville zum Angriff vor. Den ersten Angriffswellen folgten tiefgelegene mächtige Reihen. Das deutsche Schützenregiment legte unmittelbar nach dem ersten Franzosen ihren Graben verlassen hatten, mit nachfolgendem Ebenengel ein. Die vorderen Sturmwellen kamen nicht einmal bis an die deutschen Hindernisse. Sie kehrten um und rückwärts, wurden aber von der Wucht der nachdrängenden Reihen wieder nachgerissen. Infolge dieser Klüftung hatten diese im deutschen Stellungsgewebeweise durchdrate Bereiche, und nur ein geringer Teil gelangte bis an die deutschen Gräben, wo er niedergemacht oder gefangen genommen wurde. Die übrigen merkten sich jetzt allgemein zur Flucht. Derweil richtete sich die überlebenden Sturmtruppen ab, die heißen Hänge, die sie herabgedrängt waren, wieder zu erklimmen. Unter dem reglosen zurückbleibenden dichten Schichten löste das heutige Bombardement vorhergehend ein. Der Nordhang der Höhe 344 liegt voll dem Franzosen.

Die Gegenartillerie war besonders außerordentlich reg. Deutsche Geschütze folgten die Schüsse und Truppenunterstützung in der Nacht vom 18. zum 19. September ausgiebig mit Bomben. In Artois entstand ein Brand, der lange Zeit andauert. In Flandern wurde das Munitionslager in die Luft gesprengt.

Auch im Osten ist die Kampfartillerie aufgelebt. In der Aisne-Front verließen die Franzosen mehrere vorgelagerte Stellungen in Stärke von einigen Kompanien. In der Westfront zeigte ein neuer russischer Angriff ein. Starke Feuer am Morgen des 18. September vom Dniepr bis zum General folgten eine Anzahl schwache, erfolglose Teilangriffe nördlich der Glasjirsk. Am Nachmittag legten dann noch neuer russischer Artilleriebereinigung von der Glasjirsk bis zur Dniepr-Stränge heftige, tiefgelegene Angriffe ein. In der Glasjirsk wurden sie völlig abgewiesen. Einmal General wurde der russische Artillerie durch Gegenartillerie völlig ausgeblendet. Bei Kamensk wiederholten die Russen ihre Angriffe, wie in den Vorzügen wiederum ohne jeden Erfolg, ebenso nordwestlich Kamensk, wo die Russen eine überlebende Stellung verließen, der im Nachhinein der Franzosen reglos gemessen.

### Die Heeresberichte.

18. Sept., 19. September, Abends. (Wittlich.) Der Anmarsch in Flandern besetzt zu. Es ist nichts Besonderes.

Wien, 19. September. (Wittlich.)

### Oesterreicher Kriegsjahraplaß.

Weiterer Fortschritt haben wir starke rumänische Angriffe abgelehnt. Durch raschen Gegenstoß wurde der an einer Stelle eingedrungene Feind wieder geworfen. Seine Verluste sind erheblich.

### Italienischer Kriegsjahraplaß.

Bei der

Heeresgruppe des Feldmarschalls Gehr. v. Konrad führte der zur Wiedergewinnung eines vorübergehend dem Feind überlassenen Frontstückes bei Carzano eingeleitete Gegenangriff zum vollen Erfolg. In Gefangenen wurden hier 6 Offiziere und über 300 Mann eingebracht.

### Balkan-Kriegsjahraplaß.

Unverändert.

## Rußland.

### Ein provisorisches Parlament?

Unser Stockholmer Mitarbeiter erzählt, daß die russische Regierung plant, nach der Auflösung der vierten Duma eine provisorisches Parlament einzuberufen. Dadurch würde die deutliche Einkerbung der Regierung ausgedrückt. Man glaubt nicht, daß Kerenski und die Menschewiki ihre kriegspolitische Politik lange fortsetzen können; sie müssen infolge der Feindschaft der Bourgeoisie Anschluß nach links suchen. Damit tritt die Friedensfrage in Rußland wieder mehr in den Vordergrund als bisher.

### Die Bewegung Kornilows vollkommen unterdrückt.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Die vorläufige Regierung ordnete in Erwägung, daß die Bewegung Kornilows vollkommen unterdrückt ist und die infolge davon getroffenen außergewöhnlichen Maßnahmen, die durch sie veranlaßt waren, unnötig wurden, die Aufhebung des Postens des Militärkommandanten von Petersburg an: Zum Oberkommandierenden der Truppen des Bezirks Petersburg wurde Oberst Palkomnikow ernannt. Der neue Kommandant ist mit den ausgedehnten Machtbefugnissen zur Regelung der Fragen der Lebensmittelversorgung und des Transportwesens ausgestattet.

### Die demokratische Konferenz.

An der ungefähr 800 Abgeordnete teilnehmen werden, findet am 23. September statt.

### Ein Maximalist.

Lunarschestsch, befindet sich unter den drei neugewählten Bizebirgermeistern Petersburgs.

### Verfolgung maximalistischer Soldaten.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: In Kiew, Kinst und einigen anderen Städten wurde ein Gerichtsverfahren gegen die Soldaten eingeleitet, die der maximalistischen sozialdemokratischen Partei angehören und wegen Verbrüderung mit den Deutschen oder Gehorsamsverweigerung im Kampfe angeklagt waren. Bei einem ähnlichen Prozeß in Pskow wurden 35 Soldaten zur Zwangsarbeit von 6 bis 12 Jahren verurteilt.

### Aus dem Arbeiter- und Soldaten-Rat.

Ungeachtet des von der Volkung des Arbeiter- und Soldatenrats angenommenen Beschlusses der Maximalisten, der fordert, daß die Gewalt von den Räten übernommen werde, trat das gesamte Bureau des Arbeiter- und Soldatenrats, nämlich der Vorsitzende Tschelise und die stellvertretenden Vorsitzenden Anisimow, Gogbed, Stobelen, Miretski und Tschernow zurück. Die Neuwahl des Bureaus findet in der nächsten Sitzung statt.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ soll der Arbeiter- und Soldaten-Rat dem Direktorium der Republik den Wunsch nach Entlassung für Kornilow und die der Meuterei beschuldigten 32 Generale unterbreitet haben.

### Straferlaß für die Czarenfamilie.

Wie „Polit Journal“ meldet, beschloß die Regierung der russischen Republik den Straferlaß für die Zarenfamilie. Das Zarenpaar erhält die Freiheit unmittelbar, nachdem die gegenwärtige Verfassung die neue Staatsform sanktioniert und alle Rechte die neue russische Regierungsform anerkannt haben.

### Die neue republikanische Regierung.

Seit sie jetzt mehr an den Arbeiter- und Soldaten-Rat anlehnen zu wollen. Die „Daily Mail“ meldet: Das Direktorium der Republik teilte dem Arbeiter-Rat die Annahme seines Beschlusses vom 18. September mit, in dem der Arbeiter-Rat die Annulierung aller Geheimverträge und einen demokratischen Frieden verlangte.

### Beilegung des Konflikts mit Finnland.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Petersburg, daß Kerenski der vorläufigen Regierung mitteilte, er habe den Besuch einer Abordnung des finnischen Senats empfangen, die der vorläufigen Regierung enttäuscht der Erweiterung der finnischen Autonomie durch das Dekret vom 30. August ihr Vertrauen ausgesprochen habe. Die vorläufige Regierung beauftragte das Ministerium für Lebensmittel, sofort Getreide- und Fleischvorräte nach Finnland zu schicken.

### Der jährliche Anstaltsdiebstahl.

Wie das norwegische Blatt „Sozialdemokraten“ meldet, wurde der russische Regierung gemeldet, daß von Petersburg nach London reise, in Stockholm seiner wichtige Papiere enthaltenden Koffer beraubt.

### Die Don-Kojaken für General Kaledin.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Auf die gegen den General Kaledin erhobene Forderung, die Bewegung gegen die Regierung eingeleitet zu haben, fand in Krasnojarsk, der Hauptstadt des Donstabsgebietes, eine außerordentliche Sitzung der Volksgesamtheit der Don-Kojaken statt. Diese autorisierte die Abjagung Kaledins, der sich gegen jegliche gegenrevolutionäre Bewegung gewandt habe, und erklärte, daß die Gewährung von einer solchen Bewegung Kaledins aus trüben Quellen herrühre. Sie forderten die Regierung auf, den Hauptbefehl gegen Kaledin zu widerrufen, und wollten dem Kommandanten der Don-Kojaken beschnitten, der mit der Unterdrückung der Bewegung der Kojaken beschnitten war, daß die Truppen vom Don

niemals aufgehört hätten, dem Vaterland und der geschnittenen Regierung treu zu sein. Außerdem erhoben sie Einspruch gegen das Gerücht, die Kojaken hätten gedroht, Moskau von der Donprinz mit ihren Getreide- und Kohlenvorräten abzuschneiden. Der Truppenbefehlshaber von Moskau ordnete an, alle feindlichen Handlungen gegen die Kojaken einzustellen. Eine Abordnung der demokratischen Volksverbände von Moskau begibt sich nach Nowosibirsk, um an Ort und Stelle die Meldungen über diese Bewegung zu prüfen. Eine Versammlung von Offizieren der Garnison von Nowosibirsk forderte ebenfalls, daß die Verhaftung Kaledins widerrufen würde, da die Verdächtigungen das Werk von Spitzeln seien. So wird der Kojaken-Zwischenfall in der nächsten Zeit auf befriedigende Weise beigelegt werden können.

### Estland, Litauen und Kurland.

Nach Meldungen der französischen Presse bewilligte die vorläufige russische Regierung vorbehaltlich der Genehmigung der versammlungsberechtigten Versammlung, die Autonomie Estlands, Litauens und Kurlands.

Ein Telegramm der „Köln. Ztg.“ weist darauf hin, daß ziemlich zu demselben Zeitpunkt im Hauptauschuß des deutschen Reichstages eine Entscheidung angenommen wurde, den Reichstagsrat zu ersuchen, für Litauen und Kurland die Vertretung der Bevölkerung in die Wege zu leiten, soweit es die militärischen Verhältnisse gestatten, und Zivilverordnungen zu schaffen. Die deutsche Regierung sagte dies vor nicht zu langer Zeit den Vertretern dieser beiden Gebiete ausdrücklich zu. Sie sehe ihren Bestrebungen nach nationaler Entwicklung durchaus mit Wohlwollen gegenüber und werde sie in jeder Weise fördern. Daß die Regierung ihr Versprechen einhält, unterliegt keinem Zweifel. Ebenso wie sie zusammen mit Oesterreich-Ungarn Polen gegenüber ihr Versprechen hielt, wird sie jetzt, wo eine weitere Zurückdrängung Rußlands die militärische Sicherung Litauens und Kurlands immer mehr außer Zweifel stellt, nicht zögern, diesen Ländern das Erstrebe und Zugedachte, die Möglichkeit einer Entwicklung im Rahmen der Verhältnisse geben. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk zeigen somit durch ihr Verhalten volles Verständnis für die berechtigten Forderungen dieser Bevölkerungsbeile und werden sie trotz der Ungunst des gegenwärtigen Augenblickes erfüllen.

## England.

### Die papierne Seeherrschaft.

In einer äußerst scharfen Kritik der britischen Admiralität klingen die nachstehenden Ausführungen der „Saturday Review“ aus. „Die englische Flotte“, so schreibt das Blatt am 18. 8., „hat in der Rolle, die sie nach Erwartung von Freund und Feind spielen sollte, versagt. Jeder glaubte, sie würde mit drei oder vier großen Flotten als Helfer einen entscheidenden und beherrschenden Einfluß auf den ganzen Krieg haben. Unsere Verbündeten sind enttäuscht über die Schwäche unserer Flottenpolitik. Man hat mit Recht mehr erwartet, als die Verteilung des deutschen Handels und den Schutz der eigenen Transporte; die maritime Energie des Feindes sollte gelähmt, seine Ueberlegenheit zu Lande ausgeglichen werden. Wir hätten wohl ahnen können, daß im vierten Kriegsjahr Britannien, nicht Deutschland, in der Defensive sein würde; daß unsere Flotte nur eine einzige, dabei noch unentschiedene Schlacht schlagen würde; daß die Feindesküsten unangreifbar sein, unsere eigenen jedoch fortwährend überfallen, unsere Schiffe oft nur in Steinwursbreite von unserem Strand versenkt werden würden; daß der britische Handel gelähmt sein würde durch eine Blockade, die wöchentlich Hunderttausende von Tonnen Ladung zerstört! Unsere Seeherrschaft besteht nur auf dem Papier; verblüffend und entmutigend zugleich ist es, daß die überwältigende Armada des ganzen Verbandes nicht ausreicht, 200 bis 300 U-Boote zu hindern, den Handel der Welt zu ruinieren; daß man uns nur auffordert, zu warten, weniger zu essen, mehr Handelsschiffe zu bauen und zu hoffen, daß von diesen nur einige auf den Grund geschickt werden mögen! Wohl zum ersten Male in unserer Flottengeschichte sind wir in der Defensive, und sie ist höchst zahm und demütigend.“

## Italien.

Die italienisch-schweizerische Grenze wieder geöffnet. Die seit einigen Tagen gesperrte italienisch-schweizerische Grenze ist wieder geöffnet worden.

## Der Balkanrieg.

### Räumung der Walachei.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Stockholm die Räumung der Walachei und der rumänischen Arsenale. 500 Munitionsarbeiter wurden nach Odessa gebracht. Die Arbeiter veranfaßten zusammen mit den russischen Soldaten Kundgebungen für den Frieden, wobei einige rumänische Bojaren, die sich in Odessa aufhalten, verprügelt wurden.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Die belgische Frage und der „englische Zähler“.

Der „Berliner Lokalanzeiger“, der gute Beziehungen zu den Reichshellen hat, ist in der Lage, einiges zu dem Gerücht über ein englisches „Friedensangebot“ zu sagen. Das Blatt macht in hervorgehobener Druck folgende Ausführungen:

„Soweit wir unterrichtet sind, ist in jüngster Zeit in der Tat ein englischer Zähler in bezug auf die belgische Frage an befreundeter Stelle erfolgt, und ebenso ist in gleich unverbindlicher Form eine Antwort erteilt worden, die sich mit der englischen Anragung, das belgische Hauptland gegen die deutsch-afrikanischen Kolonien auszuwecheln, befaßt. Ob sie in positivem oder negativem Sinne gefaßt ist oder zuvor die Gewährung ausreichender Garantien für Belgien gefordert hat, gehört bereits in das Gebiet mehr oder weniger zutreffender Mutmaßungen, deren sich die Öffentlichkeit bemächtigt hat. Hierzu gehört auch die Behauptung, England sei entschlossen, aus Teile des Kongogebietes gegen Deutsch-Südwestafrika anzubieten. Soweit dürfen, wie wir zu wissen glauben, die Dinge lange noch nicht gediehen sein. Immerhin verdient aber die Tatsache, daß die britische Regierung es bereits für angezeigt gehalten hat, einen Zähler in dieser wichtigsten aller Kriegs- und Friedensfragen auszusprechen, die ihr gebührende Beachtung. Wir nehmen an, daß auch die Öffentlichkeit demnächst etwas Näheres von der Auffassung der deutschen Regierung und dem Standpunkt, den sie in der belgischen Frage einzunehmen sich entschlossen hat, erfahren wird. Erst dann werden wir wissen, ob die mancherlei Kombinationen, die von rechts und links an die menschlichen Vorgänge hinter der Kulissen geknüpft werden, als berechtigt gelten können oder nicht.“

Nach dem „Berl. Tagebl.“ wird die deutsche Antwort auf die papistische Friedensbestrebung in der belgischen Frage endgültige, gerechtfertigte und ins einzelne gehende Erklärungen nicht enthalten. Zu dem Vorschlag des Papstes, der auf die Glasjirsk



einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit abzweigen, dürfte die Note im allgemeinen in entgegenkommender Weise Stellung nehmen, dies allerdings nicht ohne den Hinweis, daß bisher alle Versuche, den Gedanken in die Wirklichkeit zu überführen, gescheitert seien, daß also zum mindesten bestimmte Vorschläge des Papstes über den einschlägigsten Weg abgewartet werden müßten.

### Die Friedensbemühungen des Papstes.

Die römische Zeitung „Italia“ berichtet: Der Papst hat in Verfolg seiner letzten Friedensnote an alle Souveräne der kriegführenden Mächte handschriftlich gerichtet. Auch ist es ihm gelungen, die Unterstützung einer großen neutralen Macht, vermutlich Spaniens, für seine weiteren Vorschläge für den Frieden zu gewinnen.

### Die Antwort der Mittelmächte an den Papst.

Den „Münchener Neuest. Nachr.“ zufolge werden die österreichisch-ungarische und die deutsche Antwortnote an den Papst am Donnerstag, 20. d. Mts., dem apostolischen Nuntius in Wien übergeben. Die Regierungen von Wien und Berlin werden den Wortlaut ihrer Noten am Sonnabend, 22. d. Mts., veröffentlichen. Es steht ferner fest, daß die Note bei allem möglichen Entgegenkommen gegenüber den päpstlichen Vorschlägen auf Einzelfragen, wie z. B. Belgien oder das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien oder Serbien, nicht eingehen werden.

### Eine nordische Friedensversammlung.

Wird die skandinavische Friedensvereinigung im Dezember abgehalten. Auf ihr soll die Schaffung eines Friedensbundes der Staaten und die Frage behandelt werden, auf welche Weise die Friedensarbeit nach Abschluß des Weltkrieges neu angelegt und ausgestaltet werden könne. Auch die Abschaffung des erzwungenen Kriegsdienstes wird zur Beratung stehen.

### Amerikanische Kriegsausgaben.

Das Mitglied des Kongresses, Figgel, der gleichzeitig Berichterstatter der Budgetkommission ist, brachte einen Voranschlag bis zum 1. Juni 1918 ein. Der Voranschlag rechnet mit einem Betrage von rund 85 Milliarden Dollar. Allein für den Bau von Flugzeugen wurden bereits 3,2 Milliarden Dollar ausgegeben. Die Vereinigten Staaten werden nach dieser Berechnung 250 Millionen Dollar täglich für den Krieg ausgeben.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die preussische Wahlrechtsvorlage kommt im Oktober. Nach Mitteilung der parteiamtlichen „Liberalen Korresp.“ wird die preussische Wahlrechtsvorlage noch im Laufe des Oktober dem Preussischen Abgeordnetenhaus zugehen. Sie bringt das gleiche Wahlrecht, wie es der Süli-Ertrag des Königs in Aussicht gestellt hat, und zwar ohne jeden Senfus und ohne alle Pluralisierungsversuche. Verbunden mit der Wahlrechtsvorlage wird ein Gesetzesentwurf über die Wahlkreiseinteilung und ebenso die Reform des Herrenhauses.

Daß die Wahlrechtsvorlage im Preussischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit — selbstverständlich gegen die deutsch-konservative Partei — findet, darf der genannten Korrespondenz zufolge mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden.

### Antliche Stellen gegen die Reichstagsmehrheit.

Der „Vorwärts“ hat auf eine Befragung hingewiesen, die darin besteht, daß eine amtliche Propaganda gegen den „launen Frieden“ im alldeutschen Sinne tatsächlich vorbereitet wird. Das „Verk. Tageblatt“ kann diese Mitteilung von der geplanten „Aufklärungsarbeit“ bestätigen. Das Blatt bemerkt dazu:

„Aus Informationen, die uns zur Verfügung stehen, geht klar und unzweifelhaft hervor, daß es sich in der Tat um eine genau ausgearbeitete, in allen Einzelheiten organisierte, von amtlichen Stellen geleitete und mit Hilfe des amtlichen Apparates durchgeführte Agitation handelt. Diese Agitation erstreckt sich auf die verschiedensten Kreise und Schichten abhängiger, von ihren amtlichen Vorgesetzten abhängiger Personen. Sie steht nicht nur im Widerspruch zu der Politik der Reichstagsmehrheit, sondern doch auch, wenn nicht alles täuscht, im Widerspruch zur Politik der Regierung. Ob der Herr Reichskanzler von diesen Vorgängen etwas weiß, vermögen wir nicht zu beurteilen, aber es wäre unverständlich, daß ihm und seinen Mitarbeitern diese so umfangreiche, rührige und planmäßige „Aufklärungsarbeit“ verborgen bleiben sollte. Eine „Gegenwehr in der Presse“, von der das sozialdemokratische Blatt spricht, ist aus Gründen, die nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, sehr schwierig. Der Reichstag aber wird sich mit dieser recht dringlichen Angelegenheit ja vermutlich beschäftigen.“

### Unglaubliche Zustände

herrschen in Schlesien auf dem Gebiet des Versammlungswesens. Obgleich im Bereich des VI. Armeekorps angeblich alle politischen Versammlungen verboten sind, werden sie trotzdem unterschiedlich gestattet. In Ohlau und anderen Orten zum Beispiel fanden dieser Tage von sozialdemokratischer Seite mehrere solcher Versammlungen statt. Im Waldenburger Kreise werden sozialdemokratische Versammlungen dagegen verboten, sogenannte Aufklärungsversammlungen der alldeutschen und sonstigen Patrioten aber erlaubt. In diese Kreise hat man kürzlich bekanntlich eine Versammlung des Gewerkschaftsrates als politische Versammlung erklärt und verboten. Das Unbegreifliche aber leistete sich der Landrat deselben Kreises und das Generalkommando des VI. Armeekorps mit einer Frauenkonferenz, die am Sonntag ordnungsgemäß mehr wie 38 Stunden vorher angemeldet war. Diese Konferenz, die als einziges Verhandlungsthema die „Kriegsfürsorge“ auf der Tagesordnung hatte und zu der die Gemeindevorsteher und Magistrats des ganzen Kreises eingeladen waren und auch zum Teil ihr Erscheinen angefragt hatten, wurde ebenfalls als politische Versammlung verboten. Der Landrat ließ sich auf keinen Fall überzeugen, daß es sich um eine durchaus gemeinnützige Veranstaltung handele. Er überwies die Entscheidung dem Generalkommando; dort war man derselben Auffassung und erließ das Verbot.

Durch die Häufung dieser unerhörten Maßnahmen gegenüber einer schwer arbeitenden Industriebefölkerung steigt die Erregung der Arbeiter täglich. Trotzdem beschränken gewisse Kreise noch immer, daß die Erregung durch „fremde Elemente“, auch durch Sozialdemokraten, in die Arbeiter-

## Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 20. Sept. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern dauerte der starke Artilleriekampf tagsüber zwischen Southoukterwald und Oys unvermindert an. Feuerstöße größter Heftigkeit lagen wechselläufig auf einzelnen Abschnitten unserer Abwehrzone. Die Nacht unterbrach die gesteigerte Kampfaktivität der Artilleriemassen nicht. Gewaltigem Trommelfeuer am frühen Morgen folgten mit Halberden nach den bisherigen Meldungen starke englische Angriffe auf breiter Front.

#### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Vor Verdun griffen die Franzosen gestern morgens und abends bei der Höhe 344 östlich von Samogneux, wo sie sich tags zuvor eine blutige Schlange gekostet hatten, wiederum ohne jeden Erfolg an.

20 feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Vizefeldwebel Thom brachte auch gestern zwei Gegner im Luftkampf zum Absturz.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Seeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Dürenburg, am Stachob, bei Bradu und Tarnopol war die Artilleriekämpflichkeit lebhaft.

#### Front des Generalobersten Erzherzog Josef:

In der Bukowina griffen die Russen westlich von Archora an. Sie wurden durch unser Abwehrfeuer in ihre Gräben zurückgetrieben, aus denen Maschinengewehre sie erneut vorzudringen suchten.

### Mazedonische Front.

Nur im Cernabogen lebhaftes Gefechtsaktivität.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

In die alldeutsche-katholische Geistlichkeit richtet in unserem Oberfelder Parteiorgan, der „Freien Presse“, ein Leser folgende Anfrage:

„Die „Alldeutsche Volkszeitung“ macht wieder einmal scharf Front gegen die Reichstagsmehrheit. Sie ist für Fortsetzung des Krieges bis zu einem Siege im Sinne der Alldeutschen. Warum tut aber da die „Alldeutsche Volkszeitung“ nichts für die Beseitigung des Militärbefreiungsprivilegs, dessen sich ein großer Teil der Anhänger der „Alldeutschen Volkszeitung“, die katholische Geistlichkeit, erfreut? Wenn alle Volksklassen und Berufe nach Meinung der „Alldeutschen Volkszeitung“ weiter Blutopfer bringen sollen, bis der „Sindenburgfriede“ erzielt ist, warum geht da die katholische Geistlichkeit, aus der man doch katolische Sturmabteilungen bilden könnte, nicht mit gutem Beispiel voran? Warum hat die katholische Geistlichkeit nicht lange schon auf ihr famoses Militärbefreiungsprivileg verzichtet?“

Die Sturmabteilungen dieser alldeutsche-katholischen Geistlichkeit kämpfen lieber zu Hause den Kampf für Deutschlands Größe. Das ist bequemer und persönlich ungefährlicher.

## Ernährungsfragen.

### Großstädtliche Selbstversorger.

Die großstädtlichen Verbraucher, die im vorigen Winter unter großem Aufwand von Geld und Mühen es erreicht hatten, daß sie ein Schwein mähten und schlachteten, sind zu Ende dieses Wirtschaftsjahres mit ihren Vorräten in arge Bedrängnis geraten. Die großstädtlichen Haushaltungen, welche Schweine schlachteten, sind nur klein, im Durchschnitt von drei Personen, so daß die Frist der Zurechtbringung auf die Fleischkarte sehr lange dauert, während im Hinblick auf das reichliche gewählte Maß schon alles verzehrt ist. Der dem Selbstversorger gewährte Vorteil wird so durch die Nachteile der lange währenden Entziehung der Fleischkarte bei weitem aufgewogen, umso mehr, als die Selbstversorger von der kommunalen Fleischzulage dieses Sommers, billigerweise, keinen Vorteil gehabt haben. Unter diesen Umständen dürfte es sich empfehlen, so meint der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, daß die Reichsbehörden in diesem Jahre von einer Förderung der Hausfleischungen absehen, ja, wenn möglich, Schweinefleischungen und Schweinemästungen in den Städten über 100 000 Einwohner ganz verbieten. Es ist notorisch, daß bei den Mästungen nur in dem kleinen großstädtlichen Haushalt, der Küchenabfälle nur in geringem Umfange hat, anderes Futter vergeudet wird, ohne daß genügende Restate gezeitigt werden. Die Allgemeinheit hat gar kein Interesse daran, daß unter großem Aufwand an Nährwerten einige Großstädter ein Schwein mit viel Knochen und ohne Fett schlachten können. Man soll die Schweinemästung den erfahrenen Landwirten überlassen; auf dem Lande kann die Mästung mit weit weniger Kosten durchgeführt werden und die Städte könnten weit günstigere Resultate erzielen, wenn sie die ihnen überwiehenden und bisher zur Schweinemästung verbrauchten Futtermittel und die gelassenen Küchenabfälle zu Lieferungsverträgen mit der Landwirtschaft verwenden könnten. Dazu ist allerdings eine entsprechende Regelung durch die Zentralbehörden notwendig. Es scheint auch so, daß diese nicht mehr ein so großes Interesse an den Hausfleischungen hegen. Die Erschwerung der Hausfleischungen, welche vom September an eingetreten ist, deutet darauf hin. Aber mit Erschwerungen allein ist es nicht getan, wenn die Zurechtbringung der erschwerenden Vorschriften nicht gewährleistet ist. Schon im letzten Jahr sind ganz unkontrollierbare Mengen an Schweinen ohne Wissen der Behörden geschlachtet worden, wiewohl mehr in Zukunft, da der Reiz zur heimlichen Schlachtung noch erhöht worden ist, ohne daß wir um etwas mehr dagegen gesichert sind, als bisher. Oder plant man etwa, endlich doch genauere Kontrollen durchzuführen?

## Aus Oben und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 20. September.

„Front, Heimat und Frieden“ ist die General-Heberchrift einer Anzahl Artikel, in denen das süßliche Amtsblatt heute, wie jeden Tag mehrmals, gegen einen baldigen Frieden der Bestätigung wehrt. Das „Friedensgemälde“ vernünftiger Leute gefällt den Federhelden garnicht; sie sind sehr böse auf die Stimmungsrichtungen im demokratischen Lager, wie sie das Verlangen nach einem gerechten Frieden hegen, und gegen dann mit dem

größten Gehäß gegen den „inneren Feind“ vor. Sie lächeln aber völlig vorbei, denn man kann wohl mit Drückerhölzer die schwerigsten und haarbrecherlichsten Behauptungen, Verdächtigungen und Beschimpfungen in die Welt hinaussenden, aber nicht die realen Tatsachen bestreiten. Daran ändert auch kein angeblühter oder wirklicher Vizefeldwebelspostbrief etwas, in dem von der „tollen Naivität der Herren Volksvertreter, die sich gebärden, als stände das Volk hinter ihnen“, gefaselt und gegen innere Reformen Sturm gelaufen wird. „Mit Verlaub, ihr Herren, haben wir Feldgrauen hier (bei dieser Reform) brauchen, da nicht auch ein Vorkühnen mitzupreisen? Sind wir nicht der Zahl nach die große Mehrheit eurer ehemaligen Wähler? Haben wir euch gebeten, unsere Gesandte zu führen? Dürfen wir nicht als unser gutes Recht in Anspruch nehmen, daß wir mit dabei sein wollen, wenn nach glücklichem Friedensschluß — für den zu sorgen, wir allein unserem Völkchen überlassen — das Haus des Vaterlandes wieder vollständig eingerichtet werden soll? Eine tiefe Empörung über solche angemachte Bevormundung hat uns Frontsoldaten gepackt. Freilich — wir sind dagegen zurzeit in wehrlos und mühen uns darauf verlassen, daß unsere Regierung pflichtgemäß als vorläufige Hüterin unserer natürlichsten Rechte für uns eintritt und jede grundsätzliche Veränderung unserer innerpolitischen Verfassung bis zu unserer Rückkehr verhindert.“ — Wir drücken das ab als eine Probe alldeutscher Anmaßung, die klar den Kurs zeigt, den die Eroberungspolitik in der Heimat — nicht an der Front, wo sie noch viel dünner als hier geläutert ist — gekerkert sehen möchten. Gegen die Verständigung und innere Freiheit ist ihre Parole. Die tiefe Empörung der Frontsoldaten richtet sich nicht gegen diejenigen, welche einen baldigen Frieden wollen, sondern gegen die Maulhelden, welche die Herbeiführung eines solchen erschweren.

An die alldeutschen Eroberungsstreiter, die um Gottes willen jetzt noch keine Verständigung mit England zulassen wollen und ihre Gefühle in schwungvollen Ausrufen und fabrikmäßig hergestellten Telegrammen ausschütten, richtet unser Breslauer Kartellblatt sechs Fragen, die überall gestellt zu werden verdienen.

1. Wie würden die Herren Unterzeichner (dieses Ausrufs) es nennen, wenn von sozialdemokratischer Seite aus im Kriege gegen eine bestehende konservativ-alldeutsche Mehrheit in dieser kaum noch zu überzählenden Weise Sturm gelaufen würde?
2. Warum ist die Mehrheit des Reichstages nicht die Vertretung des deutschen Volkes, obwohl sie die Mehrheit der Mandate und die überwältigende Mehrheit der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen auf sich vereint?
3. Warum ist die Mehrheit des preussischen Landtages nach Ansicht ihrer Gewinnungsfreunde die Vertretung des preussischen Volkes, obwohl sie auf Grund des sinnlosen öffentlichen Dreifachwahlrechts doch nur die Vertretung des Kapitals und des Grundbesitzes ist?
4. Warum ist bei Ausrufen, wie dem vorliegenden, jede einzelne Stimme von Wert, gleichgültig, ob es z. B. die eines Geheimen Regierungsrats a. D. oder die eines Postausheifers ist, während doch sonst die allgemeine gleiche Abstammung nur „Stimmvieh“ zählten soll?
5. Warum fordern Sie nicht eine geheime Abstimmung aller Deutschen, dasheim und im Felde, darüber, ob der Krieg für Angehörigen weitergeführt werden soll, wenn ein Frieden ohne diese möglich wäre?
6. Warum befindet sich auch nur ein Anhänger eines Friedens mit Anzeigen noch hier in der Heimat, anstatt seine Ideen an der Front im Trommelfeuer mit der Tat zu bekräftigen? Um Antwort wird gebeten.

### Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Wie überall im Deutschen Reich, so finden auch hier in Lübeck seit geraumer Zeit Sammlungen für die Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge statt. Da die aufzubringenden Gelder fast ausschließlich den Lübeck in Kindern zugute kommen sollen, darf mit Sicherheit auf eine rege Teilnahme der Lübecker Bevölkerung an den einzelnen noch bevorstehenden Sammlungen gerechnet werden. Travemünde, mit einer Reineinnahme von rund 5000 Mark, hat bereits ein glänzendes Zeugnis dafür abgelegt, daß man die Bedeutung der Erhaltung des Kinderarmutswahns zu würdigen weiß. Man nehme einmal die kleine Denkschrift, die von der Körperhaft „Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“ in Berlin herausgegeben ist, zur Hand. Dort heißt es gleich in der Einleitung: „Eine grausame Sprache führt die amtliche Statistik des Deutschen Reiches. Lebt sie uns doch, daß die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre am höchsten unter allen Altersklassen ist und kaum übertraffen wird von der Sterblichkeit des Großvaters! Auch die Sterblichkeitsziffern im zweiten Lebensjahre sind nicht viel kleiner als die der 60- bis 70jährigen, und im dritten Lebensjahre sind sie immer noch höher als die der 40- bis 50jährigen.“

Wenn auch dank der Mithatigkeit der Ärzte sowie einschlägiger Staats- und Gemeindefunktionäre die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich im Rückgang begriffen ist, so ist der Gedanke der dringenden notwendigen Hilfe doch noch nicht Gemeingut geworden. Dies ist um so bedauerlicher, als wir ganz genau wissen, daß die Herabminderung der Säuglingssterblichkeit keineswegs ein unerreichbares Ziel ist. Das zeigt ein Blick auf die Sterblichkeit anderer Länder. Wenn man selber sich davon überzeugt war, daß die Sterblichkeit der jungen Deutschen eine natürliche Auslese zur Verbesserung des Rassencharakters darstellt, so hat die neuere Zeit den Beweis der Unsicherheit dieser Theorie erbracht. Die Kinder werden bis auf wenig Ausnahmen gesund geboren; ihr vorzeitiges Sterben ist nicht auf angeborene Lebensschwäche, sondern auf Fehler in der Ernährung und Pflege und, was von besonderer Bedeutung ist, auf vermeintbare Fehler zurückzuführen.

Wie eine weitere Statistik beweist, muß die Fürsorge in erster Linie die Säuglinge mündelbarmittelster Kreise erfassen, denn auf 100 Lebendgeborene kamen z. B. in Berlin im Jahre 1906 = 7 Proz. der Wohlhabenden, 13 Proz. des Mittelstandes und 18 Proz. der Kinderarmutsklassen. Viele Mütter der leichtbezeichneten Bevölkerungsschicht sind aber gezwungen, während des Tages zu arbeiten, oder auch gar des Nachts Dienste irgendwelcher Art zu verrichten, so daß ihnen eine ordentliche Pflege ihrer Kinder nicht mehr gut zugeht werden kann. Hier kann und muß die Allgemeinheit mit ihrer Hilfe einsteigen, um die Mittel herbeizuschaffen, die es möglich machen, auch für das Kind der allerärmsten Mutter so zu sorgen, wie es nötig ist.

Diese Mittel aufzubringen, hat sich der Lübecker Landesauschuss zum Ziel gesetzt. Wie er in seinem Aufrufe sagt, handelt es sich für Lübeck vor allem um die Pflege der Wöhlerinnen, die Erziehung von Misch, dem weiteren Ausbau der Säuglingsfürsorge, der Krippen, der Kleinkinderschulen und der Horte. In uns Lübeckern liegt es nun, gelegentlich der Hausfamulung, in diesem Monat von den Sanitätären, die sich schon so oft in freundlicher Weise in den Dienst der Nächstenliebe gestellt haben, vorgekommen wird sowie gelegentlich der Straßenfamulung am 22. und 23. d. M. den allbewährten Opferstein auf neue zu beweisen. Auch sei an die am 30. d. M. bestimmt stattfindende Verlosung erinnert. Die außerordentlich ansprechenden Gewinne sind gegenüber dem Hauptgewinn der Firma Nord. Karstadt in der Johannistrasse öffentlich ausgestellt und können jederzeit besichtigt werden. Endlich sei noch auf zwei am 29. und 30. d. M. in der Stadthalle stattfindende Wohltätigkeitsveranstaltungen hingewiesen. Auch an diesen Tagen hoffen wir auf ausverkaufte Häuser.

Carl Mirow.

Sassafer. Am 20. September 1917 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Beschlagerhebung der deutschen Schiffsahrt und des Wollwollens bei den deutschen Gerbereien, in Kraft getreten. Danach erhalten Sassafer, welche ihren gesamten Anfall an Wolle von eigenen Schafen entsprechend den Beschlagnahmefestimmungen zur Ablieferung gebracht haben, auf Antrag jeweils einmal im Jahre von der Kriegswollbedarfs-Untersuchungskommission, Berlin SW. 48, Vert. Hobemannstr. 3, gutes Sassafer von Preis von 0,8 Mark für das Pfund von 100



nahme des Verkaufspreises gekostet. Die Menge des zu liefernden Strickgarnes ist nach dem Bestand an Schafen abgestuft. Anträge auf Lieferung des Garnes werden von der zuständigen Ortspolizeibehörde schriftlich oder mündlich entgegengenommen und sind von ihr auf Sammelformularen nach Prüfung und Richtigbefund an die zuständigen Kreisamtsstellen einzureichen. Die Anträge sind von Schafhaltern entweder auf Garantie für den eigenen Gebrauch oder auf Lieferung für ihre Angestellten zu richten. In letzterem Falle jedoch nur, falls die Angestellten selbst Besitzer von Schafen sind oder aus dem Dienstverhältnis einen Anspruch auf Volllieferung an den Schafhalter haben. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landrats-Ämtern, Bürgermeister-Ämtern und Polizei-Behörden einzusehen.

Wie schütze ich mich vor Pilzvergiftungen? Der ausnehmend schwere Fall von Pilzvergiftung, der in Tremskamp eine ganze Familie trotz aller ärztlichen Kunst rettungslos dem Tode überlieferte, legt jedem die Frage nahe, wie solche Unglücksfälle vermieden werden können. Viele Menschen glauben diese Frage einfach dadurch zu lösen, daß sie auf den Pilzgenuss verzichten. Aber es kommen noch häufiger als Pilzvergiftungen Fleischartvergiftungen, Vergiftungen durch Kartoffeln u. a. vor. Wir müssen dann auch alle Früchte des Waldes vermeiden, bei denen eine Verwechslungsmöglichkeit schließlich auch vorliegt. Außerdem sind die Pilze ein viel zu wichtiges Nahrungsmittel, als daß die Menschheit, zumal in unserer Zeit, auf ihren Gebrauch verzichten möchte und verzichten würde. — Man hat deshalb allgemeine Regeln gesucht, durch die man die Gefahr zu bannen wünscht. Ein silberner Löffel soll schwarz werden, eine Zwiebel sich bräunen, Pilze, die sich verformen, sollen giftig sein usw. Alle diese Regeln sind Unsinn oder treffen nur auf einzelne Pilze zu. Sie erhöhen dadurch, daß sie den Pilzgenuss in Sicherheit wiegen, nur die Gefahr. Obwohl das alljährlich in allen Zeitungen zu lesen ist, kommt es immer wieder vor, daß sich die Anfänger im Pilzgenuss auf solche törichte Regeln verlassen und sich dadurch schwerer Gefahr aussetzen. Ebenso leichtsinnig handeln Menschen, die unbekannte Pilze genießen, weil sie glauben, daß der betreffende Pilz nach seinem Aussehen, Geschmack oder Geruch essbar sein müsse. Den Opfern der Pilzvergiftung in Tremskamp soll das Pilzgericht, das Knollenblätterpilzschmamm enthielt, sehr gut geschmeckt haben und im vorigen Jahre ist ein tüchtiger Pilzkennner in Wärsleben einer Pilzvergiftung zum Opfer gefallen, weil er einen ihm gut erscheinenden Pilz in größerer Menge genossen hat, dessen Giftigkeit unbekannt war. Man esse also nur Pilze, von denen man sicher weiß, daß sie essbar sind. — Dazu muß man aber wenigstens die Pilzsorten sicher kennen, die man essen will. Pilzkenntnis ist das einzige Mittel gegen Pilzvergiftung. Wie erwirbt man diese Pilzkenntnis? Am besten lernt man Pilze dadurch kennen, daß man sich von einem sicheren Pilzkennner einführen läßt. Wenn man von Jahr zu Jahr einige neue Arten kennen lernt, so kommt man allmählich zu einer großen Zahl von essbaren Pilzarten. Denn es gibt viele essbare Pilzarten, aber nur wenige giftige. Man nehme auf seine Pilzausflüge ein gutes Pilzbuch oder wenigstens das Pilzverzeichnis des Reichsgesundheitsamtes mit. Beides wird durch jede Buchhandlung bezogen. Die besten Abbildungen von allen billigen Pilzbüchern enthält die Volksausgabe des Pilzführers von Michael. (Preis 2 Mark.) Die Anschaffung eines guten Pilzbuches lohnt sich oft schon auf dem ersten Ausflug. Ferner besuche man möglichst regelmäßig die Pilzveranstaltungen im Naturhistorischen Museum in Lübeck. Auch da jede man zunächst wenige Arten und vor allem auch die wichtigsten Giftpilze sicher kennen zu lernen und bringe möglichst selbst gesammelte Pilze zum Vergleich mit. Die Pilzausstellung ist Sonntags von 11—1 Uhr und Montags von 11—1 Uhr geöffnet. Außerdem kann man die Pilze, die man auf diese Weise noch nicht sicher kennen gelernt hat, der Pilzkommission zur Bestimmung vorlegen, die Montags von 11—1, Mittwochs von 4—5 und Freitags von 11—12 geöffnet ist, aber auch schriftlich über vorgelegte Pilze Auskunft erteilt. Schließlich kommen aber auch Pilzvergiftungen dadurch zustande, daß Pilze in verdorbenem Zustande zubereitet und gegessen wer-

den. Man nehme deshalb nur tadellose Pilze und bereite sie sofort nach dem Einsammeln zu. Wenn man diese Vorsichtsmaßregeln beachtet, wird man ohne Gefahr für Gesundheit und Leben Pilze sammeln und genießen und dadurch seinen Küchensettel durch ein billiges und markenfreies Nahrungsmittel bereichern können.

Jugendliche Helfer für die Landwirtschaft. Die Vermittlungsstelle für jugendliche Arbeiter ersucht uns um Abdruck dieser Zeilen: Die Rüben- und Kartoffelernte steht vor der Tür. In ihrer sicheren Bergung ist es erforderlich, daß möglichst viele Hände am Werke beteiligt sind, um die Ernte rasch einzubringen. Daß es auf dem Lande an geschulten Arbeitskräften fehlt, ist nur zu bekannt. Vielfach werden an den Arbeits-Nachweis Ersuchen gestellt, dafür zu sorgen, daß Soldaten als Erntehelfer beurlaubt oder kommandiert werden. Die Militärbehörde weiß immer wieder von neuem darauf hin, daß Militär in größeren Mengen zur Bergung der Ernte nicht rasch abgegeben werden kann. Bereits den ganzen Sommer hindurch haben die älteren Schüler der höheren und mittleren Lehranstalten auf dem Lande helfend eingegriffen, und haben nach den Mitteilungen, die der Vermittlungsstelle für jugendliche Landarbeiter von denjenigen Stellen, die jugendliche beschäftigt haben, geworden sind, überall eifrig zugegriffen, gut geschult und ihren ganzen Wurm gestanden. Die erforderliche Kenntnis der betreffenden Landwirtschaft haben sich die Schüler durchgängig rasch angeeignet, soweit sie ihnen bisher fehlten. Im Interesse einer raschen Bergung der Kartoffel- und Rübenerte wird auch jetzt wieder darauf hingewiesen, daß überall dort, wo für diese Arbeiten Arbeitskräfte fehlen, jugendliche Landarbeiter angestellt werden können und zur Verwendung bereit stehen. Gesuche um Ueberweisung von jugendlichen Landarbeitern sind zu richten an die Vermittlungsstelle für jugendliche Landarbeiter, Zentral-Arbeits-Nachweis, Lübeck, Parade 1.

„Das Haus der Schiffergesellschaft zu Lübeck.“ Im Verlage des Fremdenverkehrsvereins ist jetzt auch ein Führer durch das vielangesehene Haus der Schiffergesellschaft erschienen. Mit der Bearbeitung hat man den Historiker J. Warnke betraut, der schon durch den 1916 von ihm veröffentlichten Silberfahrgang der genannten Gesellschaft eine eingehende Kenntnis des Stoffes zeigte. In kurzen Zügen wird auf die Entstehung der Schiffergesellschaft und auf den 1885 vorgenommenen Erwerb des Hauses hingewiesen. Den Hauptteil des Buches nimmt selbstverständlich die Beschreibung des Hauses ein. Das Wenigere und Innere des Hauses und seine verschiedenen Altertümer erfahren eine sachgemäße Erläuterung. Es sind nicht kurze trockene Angaben, sondern ein zusammenhängender Text macht trotz der wünschenswerten Gliederung den Führer lesbar. Ein belehrendes, lesbares und lehrreiches Büchlein. Preis 30 Pf.

Keine Konfirmanden-Sonderkleidung. Die vorhandenen Bestände an Weidwaren gestatten nicht mehr, Sonderkleidung für besondere Zwecke anzuschaffen. Deshalb dürfen laut Bekanntmachung der Reichsbildungsstelle Aufzugscheine auf Kleider für Einsegnung und Firmelung oder Stoffe hierzu nur dann bewilligt werden, wenn der Bestand des Konfirmanden dadurch nicht die in der Weidandliste vom 27. März 1917 angegebenen Ziffern überschreitet. Die Bewilligung von Aufzugscheinen auf besondere Kleidung nur zum Zwecke der Einsegnung und über den nach der Weidandliste erlaubten Bestand hinaus ist unzulässig. Das Verbot hätte schon viel früher kommen sollen, mancher Familie wären große Ausgaben und Sorgen erspart geblieben, außerdem hätte man die Kleiderstoffe sparen können. Denn jetzt haben gerade die Leute, die auch im Kriege ihre Lösser gern als mandelnde Warenentstellungen sehen, sich schon Stoff in genügender Menge eingehandelt. So lange warten für sorgliche Mütter nicht, die der Ansicht huldigen, daß der Hauptwert im Kleide, nicht in der Verbilligung steckt, und sie stehen früh auf, wenn es sich um Fuß handelt. Und da auch Minderbemittelte nicht unglücklich ausfallen möchten, haben auch sie sich in ganz tüchtiger Weise angestrengt, um mit Vorseherstellen Schritt zu halten. So ist eine unnötige Jagerei nach Aufzugsstoffen für Konfirmanden entstanden, der man schon viel früher hätte steuern sollen.

Salzer im Hansa-Theater. Am Sonnabend, dem 22. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im Hansa-Theater ein einmaliger befehrter Abend von dem hier allgemein bekannten und beliebten Vortragskünstler Professor Marcell Salzer statt. Herr Salzer hat für diesen Abend ein durchweg neues Programm erwählt und wird empfehlend, schon jetzt in den Vorverkaufsstellen von Robert, Musikalienhandlung, Breite Straße, im Hofhaus und an der Theaterkasse Eintrittskarten zu lösen.

Hamburg. Die Bürgerliga erledigte in ihrer gestrigen Sitzung ohne jede Erörterung die ersten acht Gegenstände der Tagesordnung, die insgesamt rund 22 227 864 Mark erfordern, in zummindestem Sinne, darunter die Bewilligung weiterer 20 Millionen Mark für die durch den Krieg erforderlichen Ausgaben, von 300 000 Mark für Kainlagen, von 1 052 380 Mark für das Allgemeine Krankenhaus St. Georg und von 588 050 Mark für die Behörde für öffentliche Jugendpflege. Eine mehr als anderthalbstündige Besprechung rief der Antrag des Senats betr. Einsegnung einer Behörde für das Eisenbahnverkehrsweisen hervor, den der Ausschuss abzulehnen empfahl, indem er gleichzeitig die Einsegnung einer Vermittlungsdeputation aus 5 Mitgliedern des Senats und 10 der Bürgerliga beantragte. Die Senatskommission ermahnte dringend um die Bewilligung der Stelle eines juristischen Oberbeamten, damit Hamburg bei den bevorstehenden wichtigen Verhandlungen über Eisenbahnfragen, besonders hinsichtlich der Tarifsetzung, durch eine geeignete Persönlichkeit vertreten werden könne. Die Bürgerliga folgte schließlich ihrem Ausschuss und wählte sofort die von ihr in die Deputation zu entsendenden zehn Mitglieder. Dann behandelte das Haus nur noch den Antrag Guttmann betr. die Zusammenlegung von Handwerksbetrieben. Dieser Antrag, der verlangt, daß vor der Zusammenlegung Gutachten der Gewerbetammer und der handwerklichen Berufsorganisationen eingeholt werden sollen, wurde endgültig angenommen.

Reinmünster. Keine Zusammenlegung der Bäckereibetriebe. Nach Anhörung der Meister faßte die Stadtverwaltung den Beschluß, von einer Zusammenlegung der hiesigen Bäckereibetriebe abzusehen. Die Zusammenlegung erübrigt sich, weil die meisten Betriebe ohnehin wegen Einberufungen lahmgelegt sind.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. September. (Umflich.) Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean und in der Nordsee: 4 Dampfer, 1 Segler und 1 Fischerfahrzeug, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Hydon Hall“ mit 6400 Tonnen Weizen für die englische Regierung von Montreal nach Falmouth, der nach zweistündigem Artilleriegefecht niedergelampft wurde, zwei tiefbeladene Dampfer, einer davon englischer Nationalität, der andere dem Aussehen nach der französische Dampfer „Africain“, ferner der französische Dreimast-Schoner „Sabi Carnot“ mit Salzischen nach Zecamp sowie das französische Fischerfahrzeug „Aredurand“.

2. eines unserer U-Boote hat am 17. September in den Hoofden das französische Flugzeug „D 40“ vernichtet und die drei Insassen — 2 Offiziere und ein Mechaniker — gefangen genommen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Eine Bekanntmachung Nr. W. L. 14928. 17 KRA. betreffend Ausführungsbestimmungen gemäß § 12 der Bekanntmachung Nr. W. L. 17715. 17 KRA. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Befandserhebung der deutschen Gerbereien vom 20. September 1917, wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht. (2719) Altona, den 20. September 1917. Stellvertretendes Generalkommando IX. Armeekorps.

Proletarische Freidenker  
Ortsgruppe Lübeck.  
Am Freitag, dem 14. September, verjard unter Genosse  
**Carl Kluth**  
Ehre ihrem Andenken!  
2722 Der Vorstand.

Allen denen, die meinem Mann die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, besonders den Beamten des Zentral-Gefängnisses und dem Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband danken herzlich  
**Frau A. Faasch und Kinder.**  
Lützowstraße 11 c. (2728)

Selbständig arbeitender: (2716)  
**Huf- und Wagen schmied**  
zum sofortigen Antritt gesucht.  
H. F. Meiners, G. a. S. S.,  
Danzowstraße 57/58.

Eine Stubenrätin mit Futter  
0,85x2,10 m. zu vermieten.  
2726 Glandorffstr. 12, pt.  
Von einem Stadt ein schwarz, braunrot oder rot, ein halbes Jahr alt, auf dem Kopf ein schwarzes Band, gegen Bel. abg. Kittenstr. 2a. (2723)

Rechnungs-Formulare  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre  
Arbeitskleidung bei  
**Otto Albers**  
Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Hügl. des Rah-Sparr. Labec.

**Bilderleisten**  
einrahmungen  
Oscar Tauchnitz, Glasbildg.,  
Fleischhauerstr. 55. Fernruf 2908.

**Jedes Bild**  
vergrößert (2727)  
Reinhard, Glorinstraße 5.

**Die im Schatten leben.**  
Drama von Emil Rosenow.  
Preis 1.— Mk.  
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.  
Johannisstr. 46.

**Straßenjammung**  
am  
22. und 23. September 1917  
gesamten (2714)  
des Lübeck-Randens-Verkehrs  
von 10 bis 12 Uhr  
Gesamtschlichtungsamt

Meiner werten früheren Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich Anfang Oktober mein Geschäft  
wieder eröffne. (2720)

Ich bitte, bei der kommenden Neueintragung zur Kundenliste mich gütigst zu berücksichtigen.  
**Heinrich Stahr, Schlachtere, Meierstr. 13.**  
**Versäumen Sie nicht!**  
Sohlenschoner  
„Halte Durch“  
zu kaufen. (2715)  
**Sie sparen Geld!**  
Wilh. Krentzfeldt, Lederhandlg., Fischergrube 23.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt  
**Meggendorfer-Blätter**  
München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst  
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—  
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Versuchen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41  
**Kein Besucher der Stadt München**  
solte es vermissen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstr. 41, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.  
Tägliche geöffnet. Eintritt für jedermann frei

**Drucksachen aller Art**  
fertigt an  
**Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

## Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

**Versammlung**  
d. Gewerkschaftsvorstände u. Kartelldelegierten  
am Freitag, 21. September  
abends 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.  
Tages-Ordnung:  
Eingänge. (Fortsetzung der Versammlung vom 19. d. Mts.)  
Die Kartellkommission.

**Großindustrie und Kriegswirkungen.**  
Von Richard Woldt.  
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Sozialdemokratischer Verein**  
Schwartau-Rensefeld.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, dem 21. September  
abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn W. Hilpracht  
(Gashof Franzwaal).  
Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist dringend notwendig.  
2721 Der Vorstand.

**Arbeiter-Abstinenzbund.**  
Ortsgruppe Lübeck.

**Versammlung**  
am Freitag, dem 21. September  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
2724 Der Vorstand.

**Zeitschriften aller Art.**  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 7 Uhr  
**Die tolle Komteß**

**Hansa-Theater.**  
Sonntag, d. 22. September  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Einmaliger lustiger Abend**  
**Prof. Marcell Salzer**  
Berlin

mit vollst. neuem Programm.  
Vorverk. bei Robert, Musikalienhandlung, Breite Straße, im Holstenhaus und an der Theaterkasse.  
Die noch im Umlauf befindlichen Vorzugskarten haben nur noch bis Ende dieses Monats Gültigkeit. (2718)



## Von der Not der Kriegsbeschädigten.

Der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten widmet sich ein weitgespannter Organisationsapparat, der es als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, den beschränkt Erwerbsfähigen ein Unterkommen zu verschaffen, das ihnen gestattet, die verbliebene Arbeitsfähigkeit auszunutzen. Das liegt im Interesse der Verletzten selbst, da die sehr bescheidene Rente, die ihnen gewährt wird, nicht ausreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Nachbarmachung der den Verletzten verbliebenen Arbeitskraft liegt aber auch im wohlverstandenen volkswirtschaftlichen Interesse. Nach dem, was bisher über die Kriegsbeschädigtenfürsorge bekannt geworden ist, arbeitet sie im allgemeinen mit befriedigendem Erfolg. Es ist in sehr vielen Fällen gelungen, Verletzte wieder in den Produktionsprozess einzuordnen. Solche günstigen Erfahrungen dürfen aber nicht zu voreiligen Schlüssen verführen. Bei dem herrschenden Arbeitermangel werden auch minderleistungsfähige Kräfte in größerer Zahl eingestellt; es ist aber mit Sicherheit vorauszusetzen, daß bei der Wiederkehr normaler Zustände auf dem Arbeitsmarkt gründliche Musterung in den Betrieben gehalten werden wird. Dann erst wird es sich zeigen, in welchem Maße bei den Unternehmern der Sinn für das Gemeinwohl das Eigeninteresse übersteigt, dann erst wird die Kriegsbeschädigtenfürsorge vor die schwierigste Aufgabe gestellt sein und dann erst wird es möglich sein, sich ein Urteil über ihre Erfolge zu bilden. Man darf aber die Erwartungen nicht zu hoch spannen, denn selbst jetzt schon, wo für die Kriegsbeschädigten in jeder Beziehung Hochkonjunktur herrscht, werden viele von ihnen vom Arbeitsmarkt nicht aufgenommen. Im allgemeinen fehlt es an zahlenmäßigen Nachweisen über die Erfolge und Misserfolge der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz in Düsseldorf bei den ihr unterstellten Ortsausschüssen eine Umfrage über die mit Rente aus dem Militärverband entlassenen Kriegsbeschädigten veranstaltet hat, die noch arbeitslos sind. Das Ergebnis ist etwas dürftig. Verwertbar waren die Antworten von 43 Ortsausschüssen, deren Bezirke aber mehr als die Hälfte der Einwohner der Provinz umfassen. Die auf Grund dieses Materials aufgestellte Statistik wird im Augustheft des „Reichs-Arbeitsblattes“ veröffentlicht.

Die 927 erfahren arbeitslosen Kriegsbeschädigten werden in vier Gruppen geteilt. Als arbeitswillig gelten 209 Beschädigte mit einer durchschnittlichen Erwerbsbeschränkung von 58,4 Prozent und einer durchschnittlichen Monatsrente von 50 Mfr. Als Arbeits-scheue werden solche Verletzte bezeichnet, die sich trotz Arbeitsfähigkeit noch nicht zur Aufnahme von Arbeit entschließen konnten oder auf Grund ihrer Rentenbezüge oder günstiger sozialer Verhältnisse nicht auf gewinnbringende Beschäftigung angewiesen sind. Zu dieser Gruppe zählen 92 Verletzte mit einer durchschnittlichen Erwerbsbeschränkung von 57,1 Proz. und einer durchschnittlichen Monatsrente von 49 Mfr. Die Bezeichnung dieser Leute als „arbeits-scheu“ ist ganz ungehörig, zumal angesichts des Grades der anerkannten Erwerbsbeschränkung und der Geringfügigkeit der Rente. Die Scheidung der übrigen in vorübergehend und dauernd Arbeits-unfähige scheint etwas willkürlich. Als vorübergehend arbeitsunfähig werden 395 Verletzte mit durchschnittlich 61,3 Proz. Erwerbsbeschränkung und durchschnittlich 47,2 Mfr. Monatsrente bezeichnet, während 231 Verletzte als dauernd erwerbsunfähig gelten. Diese sind durchschnittlich zu 58,8 Proz. erwerbsbeschränkt und beziehen durchschnittlich 67,8 Mfr. Monatsrente.

Aus dem Grad der durchschnittlichen Erwerbsbeschränkung ergibt sich, daß es sich bei diesen Leuten durchgängig um Schwerverletzte handelt. Bei allen 927 Kriegsbeschädigten zusammen betrug die durchschnittliche Erwerbsbeschränkung 66,3 Prozent. Und wovon leben diese Unglücklichen, die ihre Gesundheit und ihre heilen Glieder auf dem Altar des Vaterlandes geopfert und ihr Leben eingeleistet haben? Sie erhalten eine durchschnittliche Monatsrente von 53,30

Mark. Mehr als die Hälfte von ihnen, nämlich 480, sind verheiratet, ihre Familien haben eine Gesamtkopfstärke von 1989 Personen. Bei ihnen kommt auf den Kopf der Familie eine Monatsrente von 12,80 Mark.

Wir wollen es uns versagen, auf den übrigen Teil der, trotz ihres geringen Umfangs recht interessanten Statistik — die Zahl der erfassten Kriegsbeschädigten wird nur auf vier Prozent geschätzt — näher einzugehen. Nur auf die verhältnismäßig hohe Zahl der Nerven- und Lungenkranken unter den arbeitslosen Kriegsinvaliden sei hingewiesen. Erstere stellen 189 oder 20,5 Proz., letztere 187 oder 20,3 Proz. der Arbeitslosen. In der Statistik sämtlicher Schwerverbeschädigten machen die Nervenkranken 7,7 Proz., die Lungenkranken 5 Proz. aus. Ein verhältnismäßig großer Teil dieser Kranken ist aber so schwer beschädigt, daß sie beruflich nicht wieder beschäftigt werden können. In den Rentenbezügen sind aber diese Kranken besonders schlecht gestellt, weil ihnen die Verkümmelungsulage nicht gewährt wird. Die in der Liste der Arbeitslosen figurierenden 187 Lungenkranken erhalten bei einer durchschnittlichen Erwerbsbeschränkung von 59,6 Proz. eine durchschnittliche Monatsrente von 39,6 Mfr. und die 189 Nervenkranken bei einer durchschnittlichen Erwerbsbeschränkung von 67,6 Proz. eine durchschnittliche Monatsrente von 49,4 Mfr.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man eine solche Versorgung der Kriegsbeschädigten als völlig unzureichend bezeichnet. Man darf sich auch nicht damit trösten, daß es doch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Verletzten ist, der arbeitslos bleibt und für den schließlich noch anderweitig gesorgt werden kann. Wenn die im Felde stehenden Arbeiter in die Betriebe zurückkehren, dann wird noch gar mancher Invalide, der jetzt glaubt eine Versorgung gefunden zu haben, auf die Straße fliegen, weil seine Arbeit dem Unternehmer nicht genug einbringt. Mit der Regelung der Versorgung der Kriegsbeschädigten darf deshalb nicht gezögert werden. Der Dank des Vaterlandes an die Opfer des Krieges muß sich durch die Tat äußern. Eine angemessene Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten ist eine Aufgabe, die keinen Aufschub duldet.

## Für die Auslandspolitik der Alldeutschen sollen auch die christlichen Gewerkschaften eingeschaltet werden.

Der Vorstand, des nachstehenden Zirkulars, das an christliche Gewerkschaftsführer Süddeutschlands gerichtet und uns auf den Redaktionsstisch geflagen ist, beweist sündfällig, daß die zurzeit recht rührigen Alldeutschen nicht nur die Leitung der inneren Politik Deutschlands in die Hand bekommen wollen, sondern auch die Fragen der Auslandspolitik in ihrem Sinne entscheidend zu beeinflussen suchen. Wir vernehmen da:

„Auskunftsstelle vereinigter Verbände.“  
Berlin Ns. 24, Friedrichstr. 196, 31. August 1917.

Wir erlauben uns, hierdurch Ihre Aufmerksamkeit auf unsere Organisation zu lenken und an Sie die Bitte zu richten, unsere Arbeit in den Ihnen nahestehenden Kreisen zu unterstützen. Wie Sie aus der beiliegenden Liste unseres Beirats erkennen können, sind die christlichen Gewerkschaften darin durch Herrn Gewerkschaftssekretär Mejer-Biesefeld vertreten.  
Die Fragen der auswärtigen Politik stehen heute im Mittelpunkt des Interesses. Das Volk ist gewillt, durch seine berufene Vertretung mehr denn je auf die Auslandspolitik des Vaterlandes einzuwirken. Dabei kommt es immer klarer zum Ausdruck, wie groß die Unterlassungssünden auf dem Gebiete staatsbürgerlicher Aufklärungsarbeit sind, wie wenig das Volk in der Lage ist, zu Aussagen der auswärtigen Politik aus innerer Sachkenntnis heraus Stellung zu nehmen. Wir zweifeln nicht, daß Sie mit uns der Meinung sind, daß im Interesse der weltwirtschaftlichen und weispolitischen Zukunft des Vaterlandes es notwendig ist, daß dieser Zustand überwunden wird.  
Es kommt darauf an, die Einheitlichkeit des nationalen Willens bei der hierzu notwendigen Aufklärungsarbeit von vornherein zum Ausdruck zu bringen, die auswärtige Politik nicht dem Fernstehenden als eine ausschließlich parteipolitische Angelegen-

heit erscheinen zu lassen, sondern als eine Sache, die gemeinsame Angelegenheit aller vaterländisch gesinnten Kreise ist. Die einzelnen Verbände, die Sie auf der Beiratsliste angeführt sehen, haben sich daher zwecks Durchführung der so notwendigen und wichtigen Aufklärungsarbeit auf eine gemeinsame neutrale Basis gestellt und diese in unserer Organisation geschaffen.

Unsere dringende Bitte an Sie geht heute dahin, unsere Arbeit im kommenden Winter zu unterstützen. Auch Sie werden wissen, daß in weiten Volkskreisen der Wille zum Durchhalten durch ernährungswirtschaftliche Schwierigkeiten sowie unwürdige Glanzmacherei stark erschüttert ist und daß angesichts der Notwendigkeit harter Eingriffe und Beschränkungen auf dem Ernährungsgebiet es eine der wichtigsten Voraussetzungen des Durchhaltens sein wird, daß durch eine ruhige und sachliche Aufklärungsarbeit in jedem einzelnen das nationale Wollen bis zum äußersten gestärkt und gefördert wird.

Wir dürfen wohl hoffen, daß Sie sich an dieser Arbeit beteiligen, und daß Sie vor allem uns auch dadurch unterstützen werden, daß Sie uns für die Mitarbeit geeignete Personen aus den verschiedenen Orten Ihres Arbeitsbezirks nennen, die wir dann selbst zum Beitritt in unsere Arbeitsausschüsse aufordern können. Sehr wichtig wäre es natürlich, daß Sie selbst mit den Arbeitsausschüssen, die sich in Ihrem Bezirk befinden, in engster Fühlung bleiben und daß Sie vor allem auch selbst dem Arbeitsausschuss an Ihrem Orte angehören. Nach Erhalt Ihrer Antwort werden wir uns erlauben, Ihnen weiterhin mitzuteilen, in welcher Form wir die zweifellos bestehenden Schwierigkeiten sachlicher Art zu überwinden hoffen.

Sie würden uns zu aufrichtigem Dank verpflichtet, wenn Sie diese Anregungen prüfen und uns recht bald Ihre Stellungnahme zu unseren Vorschlägen mitteilen würden. Unsere Arbeit ist nicht nur jetzt für die Kriegszeit von höchster Bedeutung, sondern auch für die zukünftige Gestaltung der weispolitischen Stellung unseres Vaterlandes. Unserem Staatsleben und unserer Volkswirtschaft, Unternehmern und Arbeitern, wird nur dann ein geistliches Fortkommen gesichert sein, wenn in der Frage der auswärtigen Politik ein einheitlicher, in bestem Sinne nationaler Wille besteht. Diesen zu schaffen, betrachten wir als unsere vornehmste Aufgabe und sind dabei der Mithilfe auch der Ihnen nahestehenden Kreise sicher.

Ihrer Antwort entgegengehend, begrüßen wir Sie in verzügl. Hochachtung  
Auskunftsstelle Vereinigter Verbände.  
München.

Die Auskunftsstelle Vereinigter Verbände geht zwar mit aller Vorsicht zu Werke, aber der Hinweis auf die „unwürdige Glanzmacherei“ verrät doch die Abtummung aus dem allseitigen Agitations-Arsenal. Zudem befinden sich auf der erwähnten Beiratsliste eine Anzahl bekannter Namen, über deren politisches Glaubensbekenntnis auch die neugegründete Vaterlandspartei keinen Zweifel aufkommen läßt. Hier wie dort sind Männer unterzeichnet, wie der vom früheren Reichstanzler in öffentlicher Reichstagsagung abgefechtete Generallandschaftsdirektor Dr. Rapp und der in den Kreisen der Schwerindustriellen sehr einflussreiche Geh. Kommerzienrat Kirdorf, der vor etwa 8 Jahren auf der Mannheimer Generalversammlung des Beirats für Sozialpolitik die Worte prägte: „Die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer wie die freien: man weiß bei ihnen nie, woran man ist.“ Auch der Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, v. Bietinghoff-Schädel, der in der Annexionsfrage diejenige Prof. Dr. Dietrich Schäfer, die Reichstagsabgg. Dr. Koenigke und Straßmann sowie der preuß. Landtagsabgg. Schweißhofer als Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller u. a. namhafte Persönlichkeiten zieren die Beiratsliste. Die christlichen Gewerkschaften wurden sich hüten, auf den Leim zu kriechen; es könnte nach dem Krieg recht bald die Stunde der Reue kommen.

## Die Kohlenversorgung

unterzieht der Kasseler Oberbürgermeister Koch in der „Korrespondenz für Kriegswohlfahrtspflege“ einer scharfen aber zutreffenden Kritik.  
Er bemerkt einleitend, daß er in Fragen der Lebensmittelversorgung stets bestrebt gewesen sei, sein Urteil juridisch haltend zu gestalten, bedauert aber, „in der Frage der Kohlenversorgung mich nicht auf ein maßvolles Urteil einstellen zu können, sondern feststellen zu müssen, daß in dieser Frage seit dem Ausbruch der Schwierigkeiten auch nicht der Versuch zu irgend einer wesentlichen und durchgreifenden Abhilfe gemacht worden ist, und daß hier kostbare und unwiderrbringliche Zeit verlorengegangen ist und weiter verloren geht.“

mit der Siemann beinahe knirschend hervorsteht: „Ich habe nichts angehen! Ich konnte nichts anbringen! Ich war nur im ersten und im anschließenden Zimmer, wo wir schliefen!“ Und als ob ihm erst jetzt einfiele, daß seine Heftigkeit auf den Rath möglicherweise einen ziemlich unangenehmen Eindruck machen könnte, brach er plötzlich ab und kehrte fast zu seinem gewöhnlichen milden Tone zurück, indem er hinzufügte: „Aber wie kann ich mich so ergürnen, mein besser Herr Rath! Wie diese unglücklichen Geschichten haben, wie es scheint, mein Nervensystem tüchtig angegriffen — ich habe es in diesen Tagen schon ein paarmal gespürt! Also mit aller Bestimmtheit, mein besser Herr Rath, ich war nur in den beiden Vorderzimmern und habe dort eben so wenig etwas vom Rauch gemerkt, als meine beiden Kinder und die Magde, die ja alle gleichfalls hier und da im Hause waren.“

Der Rath hatte bei des Magisters entschuldigenden Worten seine höfliche Verbeugung gemacht und mit ruhiger Aufmerksamkeit die weitere Rede angehört. Als dieselbe zu Ende war, sagte er, vor dem Geistlichen stehend und die Hände auf dem Rücken in einander gelegt, mit bemerkbarer Trockenheit: „Mein! Täuschung ist eine verzeihliche. Ohne Ihre Anwesenheit in jenem Anbau wird der Fall noch rätselhafter.“ Und die Augen jetzt auf Siemann richtend, fuhr er langsam und deutlich fort: „Es liegt eine Zeugenanfrage vor, daß zu jener Zeit irgend jemand in dem Anbau gewesen ist. Es ist auch ein leichter Rauch bemerkt worden, als ob dieser jemand etwa seine Pfeife anzünde. Sie rauchten, Herr Pfarrer?“

Es war etwas Lotes in des Magisters Augen, und auf der Stirn erschien etwas wie ein feuchter Anhauch. Trotzdem antwortete er ziemlich fest: „Nein, Herr Rath! Ich kam eben mit meinem Schwager Betsch von der Brandstelle des Käseschen Hauses.“

„War das Dach in jenem Anbau auch von drinnen zu erreichen, Herr Magister?“ fragte Große unverändert.  
Und Siemann entgegenete, obgleich der feuchte Hauch jetzt zu wirklichen Schweißtropfen geworden war, hörbar freier: „Sie sehen meine Bestürzung, Herr Rath! Ja, das Dach war sogar leicht zu erreichen! Der Anbau war ganz leicht und unterhalb des Deckstuhls keinerlei Verschaltung. Wenn Ihr Zeuge daher richtig gesehen hat, so muß jener Unbekannte, den man über Feld laufen sah, oder ein anderer Fremder, sein Werk drinnen vollbracht haben! Denn“ und er schaute mit milder Würde auf „an einen meiner Hausgenossen zu denken, das wäre mehr als Sünde! Es sind nur meine beiden Töchter — halbe Kinder! — und zwei Mädchen. Das dritte sah als Wächterin hinten im Garten bei dem zu Anfang des Brandes im Dorf auch von uns ausgeräumten Saustat.“

(Fortsetzung folgt.)

## Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.  
Von Edmund Hofer.

30. Fortsetzung.

„Da ich Sie so sprechen höre,“ sagte der Rath, zum erstenmale in einem gewissen wärmeren Tone, „kann ich Ihnen noch einen anderen Beweis dieser — heißen wir's Verkommenheit, liefern. Wissen Sie, daß der Burjoh sich bei seinem Innehalten auf Ihren Stiefsohn ziemlich deutlich auf Sie berief, als hätten Sie ihm den Auftrag“

„Aber, mein Herr Rath!“ rief der Magister, dessen Gesicht sich dunkel röthete, „eine solche Infamie —“  
„Ich heiße es nicht anders. Und mein Vorgänger Deths hat die Sache entzweielt ebenso angesehen, da er Ihnen gar nichts davon mitteilte. Beiläufig,“ fügte Große hinzu, „der Heibt wollte am letzten Tage bei Ihnen in Koltz gewesen sein — entführen Sie sich dessen, Herr Magister?“

Siemann schaut zürnend auf. „Daß er in jener Zeit einmal zu mir gekommen, ist möglich, obgleich ich es nicht verkennen kann. Daß es aber am letzten Tage geschehen sei, ist eine Lüge, obgleich ich nicht ahne, zu welchem Zweck!“

„Nun, lassen wir auch dies,“ sagte Große wieder, „es scheint ein nutzloser Patzon gewesen zu sein, der sich sozusagen ein wahres Geschäft aus Lügen, Verleumdungen und Hosen machte, vor allem aber Ihren Stiefsohn mit einer Feindschaft verfolgt und gereizt hat, die bei dessen Heftigkeit, und zumal in seinen damaligen Verhältnissen, fast unaussprechlich zu schlimmen Folgen führen mußte. Leider scheint mancherlei von diesen Verleumdungen und so weiter dennoch bis und da gehandelt zu haben, ich habe einige merkwürdig heblohe und ohnehin durch nichts begründete Artikel über Horst gehört, und selbst Ihr Verdacht in Ansehung der Brandstiftung —“

Da er kopfschüttelnd inne hielt, sagte der Magister, finstern vor sich hinblickend: „Habe ich mich getraut, Herr Rath, wenn kann das heber sein als mir? Aber Sie wissen nicht, wie Horst sich von jeher zu seiner Mutter und mir stellte. Da kann man viel — alles fürchten!“

„Nun, hier wird das gottlob nicht gerechtfertigt,“ meinte der Rath, der mehr und mehr zum Tone einer bequemen Unterhaltung überging. „In diesem Punkte ist Ihr Stiefsohn völlig frei und in jedem Verdacht — Sie haben wohl schon davon gehört, und ich kann das bestätigen. Aber ich muß Sie in Ansehung diese Brandes wirklich fragen — nicht als Richter, mein lieber Herr Magister, sondern ganz als Privatmann!“ fuhr er fort: „Ist Sie denn völlig überzeugt von einem Verbrechen und halten eine umgehende Nachforschung oder Bewachung von Feuer und Licht für ganz aus-

geschlossen? Können — ahnen Sie denn irgend einen Menschen, der sich ein Raubwerk — denn was könnte es anders sein? — gegen Sie versuchen sollte?“

„Ich ahne eben einen — mit Unrecht!“ sagte Siemann gedämpft. Man sah's, das Gespräch war ihm peinlich.  
„Nicht wahr, das Feuer brach am Hinterdach des Hauses aus?“

„Ja wohl. Es war dort ein kleiner Anbau, ein gewisses Gemach. Das daselbst reichte weit herab, so daß man's mit der Hand erreichen konnte. Dort oder darüber im Hauptdach muß es begonnen haben.“

„War das keine Dach von der Straße aus zu erreichen, Herr Magister?“

„Kann, Herr Rath!“  
„Es ist wirklich ein rätselhafter Fall!“ sagte Große, im Gemache auf- und abgehend. „Sie sind fünf Minuten vor dem Ausbruch gerade in den Zimmern dieser Seite, ja sogar in dem kleinen Anbau —“

Siemann zuckte zusammen und fuhr auf. „Ich? In dem Anbau?“ rief er ganz bestürzt. „Wer sagt das? Mit keinem Schritte —“

„Ich dachte, Sie hätten das angegeben, und meinte nur, daß Sie selbst da doch wohl keinen Rauch bemerkt —“  
Man konnte es dem Magister nicht wohl übel nehmen, daß er, trotz des bequemen Tons, durch alles, was er vernahm, allmählich immer ernstlicher übernacht, oder auch bestürzt wurde. Vom Rath zu einer Unterredung, oder — darauf kam ja nichts an — einem Verhör in die Stadt zitiert und durch eine Art von wohlwollender Vorrede auf allerhand hingewiesen, das leider für ihn von schwerstem Interesse war, während Großes Worte und Worte zugleich das trockenste und langjähresten Verfahren in Aussicht stellten: — fand er von all diesen Erwartungen und Voraussetzungen so gut wie nichts erfüllt. Wenn der Rath einen Punkt berührt hatte, ohne recht zu erklären, zu welchem Zweck, ließ er denselben schon wieder fallen und wandte sich einem anderen zu, und einem dritten, wiederum ohne daß Siemann seine Absicht begriffen hätte. Und endlich kam er — er sagte ja selber, aus reiner Reue! — noch einmal auf etwas Neues, das mit der Hauptfrage in so gut wie gar keiner Verbindung stand, und feste sich hier festzusetzen fest und schlug Töne an —

Es ließ sich schwer sagen, ob der Ausdruck in Siemanns Zügen bei Großes letzter Bemerkung von mehr Ueberraschung und Erstaunen, oder von mehr Bestürzung und wirklichem Schockerzeugte. Als diese erste Regung jedoch sehr rasch überwunden war, blieb er schließlich nur jener Grimm zurück, den wir schon ein paarmal hervorbrechen sahen, und wann er diesmal auch einigermaßen gezügelt wurde, so war die Heftigkeit dennoch bezeichnend genug.



Dollarbeiterstreik in Newyork. Central News meldet: 4000 Dollarbeiter von den englischen, französischen und holländischen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften legten die Arbeit nieder, weil die Forderung nach Entlassung eines unbeliebten Aufsichters nicht bewilligt wurde. Die Arbeiter erklären, daß sich über 50 000 Kollegen dem Ausstand anschließen würden.

Aus Nah und Fern.

Ein einsichtiger Regierungspräsident. Ein zeitgemäßes Rundschreiben richtete der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. über an die Landräte und Magistrate. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.: „Wiederholt ist in Zeitungen über unhöfliche Behandlung der Kunden durch die Verkäufer, insbesondere im Lebensmittelgeschäft, Klage geführt worden. Diese Klagen sind, wie ich Grund habe, anzunehmen, zum großen Teil nicht unbegründet. Ich ersuche daher in geeigneter Weise, insbesondere auch durch öffentliche Bekanntmachung in den Kreisblättern und durch Mitteilungen an die Zeitungen darauf hinzuwirken, daß eine grobe Behandlung durch die Verkäufer unzulässig ist und von der Behörde nicht geduldet wird. Die Bevölkerung, die durch die Knappheit der Lebensmittel zu großen Entbehrungen gezwungen ist, darf nicht durch die unhöfliche Behandlung seitens der Kaufleute unnötig gereizt werden. Selbstverständlich ist, daß auch seitens der Behörde dieser Grundlag in ihrem Geschäftsbetriebe stets gewahrt wird.“ Für diejenigen, die dieser überaus zeitgemäßen Mahnung nicht folgen, werden scharfe Maßnahmen angedroht. Es ist natürlich höchst bedauerlich, daß es einer solchen Verfügung überhaupt erst bedurfte. Aber angefaßt der fast allgemein gewordenen Gepflogenheit, die Notlage der Verbraucher auch dadurch auszunutzen, daß man ihnen unhöflich und unfreundlich begegnet, wäre es sehr zu wünschen, daß nicht nur in Frankfurt a. O. aber die Verbraucherinteressen in dieser Weise durch den Regierungspräsidenten wahrgenommen würden, sondern daß die Behörden ganz allgemein und überall sich den Schutz der Konsumenten gegen unhöfliche Kaufleute angelegen sein ließen.

Pfeffer- und Seltzschwindel. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Den polizeilichen Ermittlungen zufolge stellt sich der Pfeffer- und Seltzschwindel der „Firma“ Ernst Langer weit bedeutender heraus, als es anfänglich den Anschein hatte. Die Firma hatte, obwohl sie nicht über das kleinste Warenlager verfügte, sondern lediglich eine Fuhre Mainland ihr eigen nannte, bereits eine große Anzahl Aufträge von auswärtigen Firmen, die alle im Interesse der Pfeffer- und Seltzschwindel nützlichbringende Geschäften machen wollten, im Gesamtbetrage von 167 000 Mk. angenommen. „Die Ware“ wurde gegen Doppelschreibbrief geliefert. In der Hauptsache machte die Firma Abschlässe in Seltz und Pfeffer. In einem Nebentraume des Bureaus fand die Polizei etwa 100 verpackte Seltz, die alle mit Sand gefüllt waren und als Seltz in die Welt gehen sollten. In zahlreichen Säcken, auch mit Sand gefüllt, sollte der „Pfeffer“ verpackt werden. Die Sendungen waren mit der Bahn abgegangen, und Langer, die Seele des Geschäfts, konnte dann eine Anzahl hoher Beträge, die bereits bei einer hiesigen Bank niedergelegt waren, gegen Vorzeigung der bahnamtlich abgestempelten Doppelschreibbriefe erheben. Durch dieses Schwindelmanöver hatte sich Langer bereits in den Besitz von annähernd 20 000 Mk. gesetzt. Auf Anzeige einer betrogenen Firma erfolgte dann die Aufdeckung der Schwindelgeschäfte. Es handelt sich um den Kaufmann Ernst Schäfer aus Lüneburg und den Kaufmann Ernst Langer aus Hamburg.

Die milde Bestrafung des Kriegswuchers. Im konservativen „Reichsboten“ äußert sich ein beamteter Richter über die auffällig niedrige Bestrafung der Kriegswucherer vor Gericht. Er stellt zunächst die Tatsache fest, daß die Polizei sehr wenig Anzeigen liefert. In den wenigen Preismacherfällen, die aber schließlich vor die Strafkammer gelangen, hat sich nach den eigenen Erfahrungen des Richters und nach den Erzählungen seiner Kollegen niemals die erforderliche Mehrheit unter den fünf Richtern gefunden, um den Angeklagten streng unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse zu bestrafen, d. h. in dem Maße, daß die Strafen wenigstens etwas auf andere hätten abschreckend wirken können. Der Richter hat regelmäßig gefunden, daß die Mehrheit der Richter nach a l l e n m ö g l i c h e n M i l d e r u n g s g r ü n d e n zur Rechtfertigung einer milden Strafe suchen, noch härter war das Straben gegen Übernehmung der bürgerlichen Ehrenrechte oder Veröfentlichung des Urteils. Der Richter weist noch besonders darauf hin, daß diese milden Urteile seines Ortes nicht etwa einem „Stamm“ der Strafkammer von wenigen Richtern zuzuschreiben seien, sondern daß infolge der Kriegsverhältnisse wechselläufig fast alle Richter des Landgerichts und öfter auch ausschließliche Richter in der Strafkammer tätig waren. Zur Abhilfe des Uebelstandes verlangt er Erhöhung der gesetzlichen Mindeststrafe.

Im auffälligen Gegensatz zu den milden Bestrafungen stehen dagegen die horrenden Strafen, die wegen ganz geringfügiger Eigentumsvergehen verhängt werden. Das wird solange nicht besser werden, als die Richterbänke ganz einseitig mit Angehörigen der besitzenden Klassen besetzt sind.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zusammenlegung von Schulen. Wie verlautet, hat die Oberschulbehörde die Zusammenlegung des Katharineums und Johanneums ins Auge gefaßt. Gegen diese durch die Kriegsverhältnisse bedingte Maßnahme läuft nun ein Herr K. in Nr. 218 des „General-Anzeigers“ Sturm. Hierzu erlaube ich mir zu erwidern, daß die von dem Einseher angeführten Gründe, die die Zwecklosigkeit einer Zusammenlegung der Schulen rechtfertigen sollen, in keiner Weise erbracht sind, und es in erster Linie den Anschein erwecken muß, als wenn den Herren Lehrern eine solche Zusammenlegung „unbequem“ wäre und ihnen jedes Mittel recht ist, diesen Beschluß der Oberschulbehörde, der ohne Frage eine Kohlenersparnis bedeutet, zu hintertreiben. Da nun alle anderen Versuche anscheinend nicht gefruchtet haben, sollen die Eltern gegen die Behörde mobil gemacht werden. In dieser ersten Zeit ein Zeichen von recht wenig Patriotismus. Hat der Einseher sich denn nicht einmal nach den Verhältnissen in anderen Schulen erkundigt? So z. B. in den St.-Lorenz-Mittelschulen, den 1., 2., 3. und 5. St.-Lorenz-Schulen und den 1. und 2. St.-Jürgen-Schulen, die teilweise seit Kriegsbeginn zusammengelegt sind, und wo die Kinder im Sommer und Winter in den schlechtesten Luftverhältnissen sitzen müssen; oder sollte es etwas anderes sein, ob die Kinder des kleinen Beamten und Arbeiters die schlechte Luft atmen, oder ob es Kinder besserstehender Eltern sind? Meine Bitte an die Oberschulbehörde geht dahin, unter keinen Umständen nachzugeben und es bei dem einmal gefaßten Beschlusse bewenden zu lassen. Was dem einen recht, ist dem andern billig. P.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Neyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inferate finden durch den „Ebeder Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Ebeder Volksboten“

Nicht unerwähnt möge das Wirken des Tarifamtes zur Unterbringung der Kriegsveteranen Kollegen bleiben, auf diesem Gebiet wurde eine besorgende Tätigkeit entfaltet.

Es darf daher wohl behauptet werden, daß der Verband der deutschen Buchdrucker auch in der schweren Kriegszeit seinen Mitglidern eine feste Stütze war und die für uns kämpfenden Berufsgenossen versichert sein dürfen, daß sie bei ihrer Heimkehr ihre Ansprüche über 50 Jahre wirkende Organisation in einer Befassung finden werden, die sie befähigt, in allen Stürmen der Zukunft ein kräftiger Wächter ihrer Interessen zu sein.

Die Uebergangswirtschaft im Baugewerbe.

Von August Winnig.

Vor zwei Aufgaben steht sich die Uebergangswirtschaft im allgemeinen gestellt: Schaffung von Erwerbsgelegenheit für die mit Friedensschluß freierwerdenden Arbeitskräfte und Deckung des Bedarfs an Gebrauchsgütern, von dem man gleichfalls anzunehmen hat, daß er mit Kriegsende beträchtlich steigen wird. Zwar ist die Frage der Uebergangswirtschaft hiermit noch nicht vollständig erschöpft, wohl aber schließen diese Aufgaben alles ein, was zu allererst zu geschehen hat.

Im Baugewerbe handelt es sich darum, für reichlich 1 1/2 Millionen Arbeiter Erwerb zu schaffen und den mit Kriegsende höchst wahrscheinlich stark steigenden Bedarf an Wohnungen, insbesondere an Kleinwohnungen, zu decken. Zwei Drittel der im Frieden in Deutschland tätigen Bauarbeiter stehen im Felde. Die jetzt im Lande tätigen Bauarbeiter sind fast ausnahmslos an kriegswirtschaftlichen Bauten beschäftigt. Wenn auch weder die Kriegsteilnehmer noch die berufstätigen Bauarbeiter auf einen Schlag erwerbslos auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden, so ändert das doch nichts daran, daß die Arbeitsbeschaffung mit der Gesamtheit der Bauarbeiter rechnen muß. Länger als wenige Monate läßt sich die Entlassung der runden Million Bauarbeiter, die heute unter den Fahnen steht, nicht hinausjögern. Die kriegswirtschaftlichen Bauten aber, die lediglich zur Befriedigung des Kriegsbedarfs errichtet werden, wird man dann nicht noch fertigstellen, sondern sie je nach dem Grade ihrer Vollendung entweder abtragen oder für andere Zwecke einrichten. Die Zwecke, für die man heute baut, fallen allermitt mit Friedensschluß fort — daran läßt sich nichts ändern. Die Aufgabe, für diese Massen Erwerb zu beschaffen, ist also nicht klein. Aber sie ist auch nicht unlösbar. Der Bedarf an neuen Wohnungen ist nach Friedensschluß höchstwahrscheinlich so groß, daß zu seiner Befriedigung alle verfügbaren Hände voll zu tun haben werden.

Hier allerdings beginnen dann die Schwierigkeiten. Für das Baugewerbe gipfelt die ganze Frage der Uebergangswirtschaft in der Beschaffung der Baustoffe und der Baugelder.

Die Fabrikation von Zement, Ziegeln, Kalk usw. ist in der Kriegszeit mehr und mehr eingeschränkt worden, sie wird heute kaum noch in einem Umfang aufrecht erhalten, daß die kriegswirtschaftlichen Bauten ausreichend und rechtzeitig geliefert werden können. Größere Vorräte, auf die man nach Friedensschluß zurückgreifen könnte, sind nicht vorhanden. Hier muß die vorbereitende Arbeit für die Uebergangswirtschaft einlezen. Sobald das Ende des Krieges erkennbar ist, müssen die Ziegeleien ihren Betrieb in vollem Umfang wieder aufnehmen. Die Zementfabriken müssen in den Stand gesetzt werden, auf Vorrat zu arbeiten. In den Kalksteinbrüchen muß man rechtzeitig mit der Arbeit beginnen, um große Mengen Kalk zu schaffen, die zum Brennen bereitgehalten werden. Mit dieser Arbeit sollte möglichst schon im bevorstehenden Winter begonnen werden; man könnte hierzu die dann in der Landwirtschaft frei werdenden Arbeitskräfte benutzen. In gleicher Weise ist zu verfahren, um den großen Bedarf an Bauholz sicherzustellen. Holz ist nur dann zum Bau verwendbar, wenn es während der Ruhezeit der Pflanze, also nach der Entlaubung und vor dem ersten Schwellen der Blattknospen im Frühjahr gesägen wird. Rechnet man also für das nächste Jahr auf den Frieden — und das wird man doch wohl —, so ist diese vorbereitende Arbeit im kommenden Winter unerlässlich.

Damit wäre jedoch erst für einen Teil der notwendigen Baustoffe gesorgt. Selbst wenn man an eine sehr einfache Baumweise denkt, bleibt noch vieles übrig, dessen Beschaffung sehr schwer ist. Deswegen wurde in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nur noch wenig hergestellt, da die Schieferbrüche Englands, Belgiens und Frankreichs ein handliches Material lieferten. Auch an Fensterglas wurde viel ausländisches Fabrikat verarbeitet, auf das man natürlich zunächst verzichten muß. Ernstlicher ist das Fehlen von Farbstoffen und Stoffen zur Lackfabrikation für das jetzt ganz frühlühende Malergewerbe. Die Rohstoffversorgung muß diesen Waren die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Vor noch schwierigeren Aufgaben stellt uns der im Baugewerbe der Gegenwart befaßte sehr beträchtliche Eisenbedarf. Da die Eisenindustrie heute ausschließlich für den Kriegsbedarf arbeitet, muß so ist hier die Schaffung von Vorräten schlechterdings unmöglich. Das Baugewerbe braucht das Eisen vornehmlich in der Form von Trägern, Runden und Banden (beim Eisenbetonbau), Draht und Drahtstäben. Zu einem guten Teil könnte der Bedarf aus den Armeebetrieben an der Front und in den Etappen gedeckt werden. Es kommt also darauf an, diese Bestände dem Baugewerbe ohne jeden vermeidbaren Zeitverlust und auf jeden Fall ohne Mitwirkung des „ehrbaren Handels“ zur Verfügung zu stellen, wie denn überhaupt eine gemeinnützige Verwertung der an der Front vorhandenen Baustoffe anzustreben ist.

Auf diese Weise wäre es möglich, die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung in der Uebergangswirtschaft zu vermindern. Daneben heft dann noch die Forderung einer lakräftigen Untertüftung des Wohnungsbauens. Wiederrum drängen sich hier zwei Aufgaben in den Vordergrund: Bereitstellung und Erziehung geeigneter Bauleute und großzügige Organisation des Baukredits. In beiden Fällen ist nicht ohne die behördliche Initiative auszukommen. Sie ist nötig für die Bereitstellung des Baugeldes, wo die Behörden nötigenfalls auch vor der Erzeugung nicht zurücktreten dürfen, sie ist unerlässlich bei der Anbahnung durch Straßen- und Entwässerungsanlagen, und sie wird eingreifen müssen, um die heikle Frage der Vorbereitungen. Wollte man damit warten, bis der Frieden an das Tor poßt, so ließe sich schweres Unheil nicht mehr abwenden.

Ein eigenes Gebiet der Uebergangswirtschaft wird die Behandlung der Arbeiterfrage sein. Sie beginnt schon bei der Entlassung aus dem Kriegsdienst. Ohne eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung ist dann nicht auszukommen. Es scheint, als sei man der Meinung, diese Organisation könne aus dem Boden kumpfen zu können, denn bisher hat man hierin noch keinerlei Vorkehrungen getroffen. Soll die schwere Zeit des Uebergangs ohne verderbliche Störungen überstanden werden, so muß nicht zuletzt die Arbeiterfrage, die auch die Lohnfrage mit umschließt, eine verständige und umsichtige Behandlung finden. Solange der Verband der Baugewerbe beschäftigten Arbeiter haben sich dieser Lage an das Reichswirtschaftsamt mit einer Eingabe gemeldet, die eine Anzahl von Vorschlägen für die Uebergangswirtschaft enthält. Als letzten Vorschlag spricht diese Eingabe den Wunsch an, daß der Reichszentrale für Uebergangswirtschaft eine besondere Abteilung für das Baugewerbe angegliedert werden möge, in der neben Arbeitgebern und Vertretern der Bauorganisation sowie der öffentlichen Arbeitsvermittlung auch Arbeitervertreter Aufnahme finden. Diese Forderung der Gewerkschaften, an der Bewältigung aller Fragen der Uebergangswirtschaft mitzubeteiligt zu sein, ist so selbstverständlich, daß sie nicht unerfüllt bleiben darf.

Noch tadelt es dann, daß die leitenden Stellen es zunächst für ihre Aufgabe gehalten hatten, in verhältnismäßig kurzen Fristen Brüderkämpfe an Beschäftigungsversuche zu setzen, in denen der Bevölkerung beigebracht wird, daß eine Kohlennot herrsche, die sich zunächst noch verschärfen werde, später aber gehoben werden würde, und daß die Bevölkerung Geduld üben müsse. Mit solchen Artikeln, wenn sie keine positiven Angaben enthalten können, ist nicht das geringste zu bedient. Sie fördern nur das Mißtrauen und den Spott der Bevölkerung heraus. Wenn aber in solchen Artikeln die Bevölkerung wieder einmal vor dem Hamster gewarnt wird, so sollte eine jahrelange Beobachtung die Behörden doch endlich zu der Einsicht geführt haben, daß durch solche allgemeinen Warnungen nur das Gegenteil erreicht wird, nämlich eine Beängstigung der Bevölkerung und eine Verbitterung und Anstiftung derjenigen, die rings um sich herum ungeachtet der Warnungen der Behörden andere hamstern sehen.

Nach einem ausführlichen Hinweis darauf, daß der Kohlenmangel wohl der ernsteste ist, der unter wirtschaftlichen Leben im nächsten Winter bedroht, und daß viel geschehen müßte, aber wenig geschieht, um ihn zu heilen, spricht Koch folgende beherzigenswerte Worte aus: „Die beste Velleierung der Rüstungsindustrie mit Kohlen hilft auf die Dauer nichts, wenn das kostbarste Gut der Kriegsindustrie, nämlich die Arbeitskraft des Menschen, dadurch beeinträchtigt ist, daß ihm zu Hause die warme Stube und die warme Nahrung fehlt. Der Gedanke, erst die Rüstung, dann das Volk, darf deshalb nicht überhand nehmen. Man kommt aber weiter hinzu, daß eine Ersparnis, die am Hausbrande vorgenommen wird, im Verhältnis zu der Gesamtmenge der Kohlenförderung kaum ins Gewicht fällt. Der Gesamtbedarf des deutschen Hausbrandes beträgt nur 12—14 v. H. der gesamten Kohlenförderung. Man würde also, wenn man den Hausbrand auf 50 v. H. herunterrationieren würde, nur etwa 6—7 v. H. der Kohlenförderung ersparen, dadurch aber der Bevölkerung Entbehrungen auferlegen, die außer jeglichem Verhältnis zu der damit verbundenen Ersparnis an Arbeitskräften ständen. Mit größtmöglicher Entschiedenheit muß also gefordert werden, daß ein solcher Raubbau an der Gewinnung und Widerstandskraft der Bevölkerung vermieden wird. Die Steigerung der Kohlenförderung ist eine unabwendliche Notwendigkeit.“

Was die Beförderungfrage angeht, so empfiehlt der Verfasser eine viel schärfere Heranziehung der Schiffstransporte, und zwar auch an Stellen, wo eine Seebeförderung erheblich größere Kosten verursacht, als die Eisenbahnförderung.

Ganz ungeregelt sei auch heute noch die Oberverteilung der Kohlen an die Städte. Ferner sei die Behandlung der städtischen Werke ganz kahtlos. Die Vorkaution der Elektrizitäts- und Gaswerke ist eine Kriegsendenbedingtheit. Störungen, die auf diesem Gebiete eintreten sind im höchsten Maße gefährlich. Es hätte innerhalb der jetzt verlaufenen Monate, in denen der Bedarf viel geringer war als im Winter, gesungen müssen, die Anammlung von Kohlenvorräten zu ermöglichen. Statt dessen sind die Verhältnisse in den meisten städtischen Elektrizitäts- und Gaswerken seit März vorigen Jahres nicht besser, sondern erheblich schlimmer geworden. Die Stadtverwaltungen werden gezwungen, das Gas zu bestimmten Stunden abzustellen oder schlecht brennendes Gas abzugeben. Dadurch wächst die Unsicherheit und Verwirrung in der Bevölkerung, ohne daß im ganzen genommen eine erhebliche Ersparnis erzielt würde. Es ist auch unklar, wenn namentlich bei den Gaswerken fortwährend auf eine Verringerung des Gasverbrauchs hingewirkt wird. Eine Verringerung des Gasverbrauchs ist in manchen Städten mit harter Rüstungsindustrie schon besorgen nicht möglich, weil die Rüstungsindustrie der hauptsächlichste und mit Recht anspruchsvollste Gasabnehmer geworden ist. Jede Rationierung des Gasverbrauchs aber führt — wenigstens im Sommer, wo die Abgabe von Leuchtgas im Verhältnis zur Abgabe von Heiz- und Motorgas zu völliger Bedeutungslosigkeit heruntersinkt — lediglich zu einem verärrten Kohlenverbrauch. Seit Jahrzehnten ist man sich aber darüber klar, daß das Kochen mit Gas paratamer ist als das Kochen mit Kohlen. Die Gasanstalten sind nicht Kohlenverbraucher, sondern Kohlenverzehrer. Wenn man der Bevölkerung das Gas zum Kochen entzieht, so verbraucht sie Kohlen, die sie besser für den Winter aufsparen könnte.

Oberbürgermeister Koch sagt zum Schluß über das viele Nebeneinander der Behörden, kommt aber immer wieder darauf zurück, daß die Hauptfrage eine Steigerung der Förderung von Kohlen ist. Nur wenn eine solche Steigerung der Förderung entschieden in Angriff genommen und wenn endlich Klarheit darüber geschaffen wird, mit welcher Kohlenmenge im nächsten Winter etwa zu rechnen sein wird, sind die anderen Maßnahmen von Bedeutung. Wohl hat die Presse von Verhandlungen zu berichten gewußt, die die Zentralkomitees mit den Vertretern der Städte geführt haben. Wie trübsel aber die Vertreter der Städte aus diesen Verhandlungen herausgegangen sind, haben sie nicht berichtet. Was heute geschieht, ist unzulänglich. Wenn aber nicht bald gehandelt wird, ist der Winter von dem Chaos da. Es ist noch Zeit zu einer gründlichen Klärung, aber die Zeit drängt.“

Der Verband der deutschen Buchdrucker 1914 bis 1917.

Von E. Döblin, Berlin.

Der Verband der deutschen Buchdrucker hat in der schweren Kriegszeit die in ihn gelegten Erwartungen nicht enttäuscht, fest und unerschütterlich steht er nach drei Kriegsjahren da.

Beim Ausbruch des Krieges umfaßte der Verband rund 70 000 Mitglieder, von welchen bis zum 15. August 1914 zum Meeresdienst 11 519 einberufen waren, während nach der 13. Kriegsjahresliste vom 31. März 1917 die Zahl der Einberufenen auf 54 478 gestiegen war. Als dienstunbrauchbar bezw. beurlaubt kamen 6490 zurück, neue Mitglieder traten hinzu etwa 3000, so daß 25 227 Mitglieder verblieben.

Ganz bedeutende Opfer wurden dem Verband auferlegt durch die bei Ausbruch des Krieges einsetzende große Arbeitslosigkeit; das Verbandsvermögen ging von 11 227 330 Mark auf 9 917 814 Mark zurück, trotz Erhebung einer Ersparnis von wochenlang 50 Pfennig außer dem Verbandsbeitrag von 1 20 Mk. Bis zum 31. März 1917 wurden für Unterstützungszwecke seit Beginn des Krieges 9 336 606 Mk. verausgabt, davon für Familienunterstützungen der Eingezogenen 2 051 306 Mk. Das Verbandsvermögen erreichte gleichwohl wieder die Höhe von 11 578 299 Mk. Hervorgehoben zu werden verdient die Tatsache, daß nicht nur alle aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder sofort ihrer Organisation sich wieder anschließen, sondern auch die früher dem Verbande nicht angehörenden Berufsgenossen die Notwendigkeit enger Kameradschaftlichkeit im Kriege empfanden und der Organisation beitrugen.

Auch die im Baugewerbe bestehende Tarifgemeinschaft hat sich während der Kriegsbauer bewährt, wo die außergewöhnlichen Ereignisse schwerere und im Lichte nicht berufstätige Verhältnisse trafen, griffen die Tariforgane, namentlich das Tarifamt, vermittelnd ein oder erließen zweckdienliche Anordnungen. So ist zum Beginn des Krieges Tausende Arbeiterlos, so wollte sich nach und nach Mangel an Arbeitskräften ein, der Verzicht gab, ungeleitete Kräfte dem Berufe zuzuführen. Auch hier erließ das Tarifamt die erforderlichen Anordnungen, um die Entlohnung dieser Berufsleute zu regeln und gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß andere reicheren Kollegen nach ihrer Rückkehr aus den Schützengräben wieder Arbeitsgelegenheit finden. Ferner war der Verband bemüht, um einen Ausgleich gegenüber der fortgeschritten steigenden Tendenz zu Massen, entsprechende Lohnverhältnisse zu den wünschenden Gebieten zu erzielen, wie er auch dahin zu wirken suchte, die Anerkennung höherer Gehaltsklassen des Tarifs noch während der jetzigen Tarifdauer bei den Arbeitgebern durchzusetzen, weil die jetzigen als Minimum geltenden Sätze mit den Lebensverhältnissen nicht mehr im Einklang stehen.